

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 Mill. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreiländstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 23. November 1927

Nummer 94

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Bezugspreis 1 Mill. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Wieder einmal: Scheller & Giesecke!

Wie schwer es der Firma Scheller & Giesecke in Leipzig fällt, sich an tarifliche Ordnung im Schriftgießergewerbe zu gewöhnen, ergab sich wieder einmal aus der Notwendigkeit einer Klage von insgesamt 128 Schriftgießereiarbeitern wegen Nichterhaltung des für das Schriftgießergewerbe gefällten Schiedspruchs vom 31. März 1927. Um den Ausgang der Sache vorwegzunehmen, sei mitgeteilt, daß das Arbeitsgericht zu Leipzig am 18. Oktober „Im Namen des Volkes“ die Firma Scheller & Giesecke verurteilt hat, an die Kläger in 128 verschiedenen Einzelbeträgen insgesamt 1204,16 M. zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Da die Beklagte für den Fall der Abweisung der Klager in der Berufungsinstanz um Vollstreckungsschutz gebeten hatte, wurde die vorläufige Vollstreckbarkeit des Urteils ausgesprochen. Es sei als anzunehmen, daß die Firma noch Berufung einlegt. Was öffentlichlich untragbar trägt, daß ihr das Landesarbeitsgericht ebenso deutlich begreiflich macht, daß auch sie zu zahlen hat, was in allen anderen deutschen Schriftgießereien schon längst als recht und billig anerkannt wurde.

Der Sachverhalt ist folgender: Alle Kläger sind Arbeiter, die im vollen Stundenlohn arbeiten und nach einem für die Beklagte geltenden Stücklohnsondertarif entlohnt werden. Unfreiwillig ist auch, daß die eingeklagten Beträge die Summen darstellen, die ihnen die Beklagte als Teuerungszulage schuldet, falls für die Parteien der allgemein verbindlich erklärte Schiedspruch Geltung hat. Demgegenüber suchte der Vertreter der Beklagten geltend zu machen, daß für sie nur ihr Haustarif in Frage komme und, infolgedessen der allgemeiner verbindliche Schiedspruch für sie ohne Bedeutung sei, und zwar deshalb, weil in ihrem Betriebe von den übrigen Betrieben abweichende Arbeitsmethoden mit anderer Zusammenfassung der Arbeiterschaft gegeben seien. Es sei daher für sie wirtschaftlich untragbar, die im Schiedspruch festgesetzte Teuerungszulage zu zahlen. Auch bestritt die Beklagte die Zuständigkeit des Arbeitsgerichts. Trotzdem erklärte sich die Kammer des Arbeitsgerichts als zuständig, weil die Beklagte nicht den Einwand des Schiedsvertrags erhoben habe. Das hätte sich der Vertreter der Beklagten ebenfalls ersparen können. Da die Firma Scheller & Giesecke ja außerhalb der vertraglich schließenden Unternehmerorganisation steht, kann für sie die tarifliche Schiedsinstanz gar nicht, sondern nur das Arbeitsgericht als zuständig in Frage kommen. War also schon der juristische Auftakt seitens der Beklagten bei dieser Verhandlung vor dem Arbeitsgericht grundsätzlich verfehlt, so gestaltete sich auch der weitere Verlauf der Dinge nicht minder kritisch. Denn die Firma mußte sich bekehren lassen, daß, wenn auch der Schiedspruch in seinem ersten Satz für ihre Ansicht zu sprechen scheine, daß eine prozentuale Erhöhung der Stücklöhne des Tarifs für sie als Außenbetriebe nicht in Frage komme, dies doch für ihre besonderen Stücklöhne nicht zu bestehen wäre, da auch die Höhe des Stücklohnes in ihrem besonderen Haustarif von grundlegender Bedeutung sei. Gerade deshalb, weil durch den Schiedspruch die einzelnen Akkordlohnverträge nicht geändert werden sollten, trotzdem aber allen Arbeitern im Schriftgießergewerbe eine Teuerungszulage zuteil werden sollte, setzte man durch den Schiedspruch eine prozentuale Erhöhung der Stundenlöhne und der bestehenden Akkordlöhne fest. Es wurde daher in den Entscheidungsgründen des Arbeitsgerichts mit Recht gesagt, daß es als unbillig empfunden werden müßte, wenn es in das Belieben der Beklagten gestellt wäre, ihren Akkordarbeitern die Teuerungszulage zu gewähren oder nicht.

Der Sondertarif der Firma Scheller & Giesecke wird durch diesen Zuschlag nicht berührt. Sie habe seinerzeit schon ihren Sondertarif so gestaltet, daß sie im wirtschaftlichen Wettbewerb mit den anderen Unternehmungen Schritt halten kann. Dieses Ergebnis wird durch die Gewährung des Zuschlages nicht geändert, weil den Zuschlag alle ihre Konkurrenten gewähren müssen. Ferner wird in der Begründung des Arbeitsgerichts noch festgestellt, daß eine gewisse Verankerung des besonderen Stücklohnartaris der Firma Scheller & Giesecke mit dem Deutschen Schriftgießerei-Tarifvertrag darin zu erblicken sei, daß die Dauer des ersteren laut besonderer Protokollnotiz zu dem Reichsstücklohnartaris für die gleiche Zeit abgeschlossen sei wie der letztere.

Trotz dieser klaren Sachlage hat die Beklagte noch den Ausschluß der sofortigen Vollstreckbarkeit des Urteils beantragt, und zwar unter Hinweis darauf, daß bei der Mittellosigkeit der Kläger ihr die Vollstreckbarkeit einen nicht zu ersehenden Nachteil bringen würde. Ist es schon an und für sich für die Firma Scheller & Giesecke etwas mehr als eigenartig, daß sie 128 Arbeiter ihres Betriebes, von denen sie durch diesen Antrag offen anerkennt, daß sie mittellos sind, um eine sehr bescheidene Teuerungszulage vor dem Arbeitsgericht Klage führen läßt, so ist es nicht minder charakteristisch für den Geist der verantwortlichen Leitung dieser Firma, daß sie annimmt, das Landesarbeitsgericht werde ihr dazu verhelfen, sie von der Pflicht zur Zahlung einer Teuerungszulage, die von allen anderen deutschen Schriftgießereien schon längst sozusagen als Ehrenschulden anerkannt wird, zu befreien.

Man werden endlich die Inhaber der Firma Scheller & Giesecke in Leipzig erkennen, daß sie sich mit solchen sozialen Tendenzen nur ins eigne Fleisch schneiden und daß diese die Lust und Liebe zur Arbeit in ihrem Betriebe niemals hochkommen lassen?

Sozialpolitische Einsicht

Der Deutsche Buchdrucker-Verein, die Vertretung unseres „sozial und fortschrittlich“ denkenden Unternehmertums, hat wieder einmal bewiesen, was es um sein Verständnis für die Lage des Arbeiters bestellt ist. Er ließ seine Aufgabe darin, eine Revision des zurzeit geltenden Lohnartaris durch Ablehnung der Einberufung der Tarifkommission von vornherein zu verhindern.

Angesichts der besonders in letzter Zeit eingetretenen Preiserhöhungen für die notwendigen Bedarfsartikel, der eingetretenen Steigerung der Sozialbeiträge usw. ist es geradezu ein Hohn, von einem schon „Abgeholten“ zu sprechen. Die schlechte wirtschaftliche Lage des Gewerbes scheint in der Praxis doch ein etwas anderes Gesicht zu haben, als es von den Herren im Deutschen Buchdrucker-Verein dargestellt zu werden beliebt. Neuaufrüstung von Maschinen, guter bis hochkonjunkturartiger Geschäftsgang, reiche Direktionsgehälter u. a. reden eine andre Sprache, die sich mit dem urakten abgesehenen Gejammer über die Notlage des Gewerbes nicht in Einklang bringen läßt.

Für unsere Organisationsvertretung aber soll und muß es eine Warnung sein, langfristige Tarifverträge einzugehen. Die Prinzipalität pocht hier auf ein Recht, das in Anbetracht der Verhältnisse gar keins ist. Sie droht, Vertragstreue mit gesetzlichen Mitteln zu erzwingen; diesbezügliche Vertragstreue, die ihr in gar manchen anderen Fällen ein Dorn im Auge ist. Sie droht mit Kampf, den man der Gewerkschaft immer übel nimmt und ihr gewerkschaftliche Einsicht verweigert. Die Herren Prinzipale scheinen eben nach wie vor immer noch der Ansicht zu sein, daß Arbeitsintensität am besten dadurch gehoben und gefördert wird, daß man die Lebenshaltung der Gewerkschaft auf einem möglichst niedrigen Niveau hält. Unter Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeiter verstehen sie die Unterordnung des letzteren unter ihre eignen Machtgötter. Beim Abschluß eines neuen Tarifvertrages aber muß unser Bestreben sein, darauf zu achten, daß sich keine „rechtliche“ Handhabe für unsre Prinzipalität bietet, uns einen gerechten Anteil am Produktionsprozeß vorzuenthalten.

In einer Zeit der Beamtengehältererhöhungen, in einer Zeit, in der schon längst viele andre Gewerbetarife den unsern erreicht und zum Teil sogar übersteigt haben, ist dies um so grundloser und unberechtigter. Will man dem

Arbeiter, der doch in vielen Beziehungen bedeutend schlechter gestellt ist wie der Angestellte und Beamte, nicht das Notwendigste zum Leben lassen, will man ihn nicht an den Ertragschaften von Kultur und Technik teilnehmen lassen, dann fördert man selbst am besten den so verhassten Klassenkampf. Die anderen Gewerben gegenüber bedeutend höhere qualitative Arbeitsleistung des Buchdruckers, die ruhig auch einen Vergleich mit der eines mittleren Beamten verträgt, rechtfertigt unser Verlangen nach einer höheren Bezahlung am besten. Die wirtschaftliche Lage des Gewerbes verträgt es, es handelt sich nur um das W o l l e n !

M i t t e n .

J. K.

Frägt die Frauen!

Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern im Buchdruckgewerbe sind ergebnislos verlaufen und damit sind so manche Hoffnungen, die in weitesten Kollegentreifen gehegt wurden, begraben. Ganz allgemein war angenommen worden, bei der Prinzipalität mindestens so viel Verständnis für die gegenwärtige Notlage im Haushalt der Buchdruckergesellen zu finden, daß wenigstens eine gewisse Erleichterung angesichts des heran nahenden Festes der christlichen Nächstenliebe eintreten würde. Daraus ist nun allerdings nichts geworden. Wenn es nach der Auffassung der für die Lohnfrage maßgebenden Kreise der Unternehmerhaft im Buchdruckgewerbe ginge, würde unter dieses Kapitel der Buchdruckergeschichte ein dicker Schluckstein gezogen und alles wäre gut und schön bis zum 31. März 1928.

Nach Lage der Dinge ist aber kaum anzunehmen, daß das so glatt gehen wird. Was nützen alle prozentualen Teuerungsberechnungen, wenn die Wirklichkeit so ganz anders ist, als es in den statistischen Zahlen zum Ausdruck kommt. Eigentlich müßten wir unsre Finanzminister im Haushalt, unsre Frauen, einmal unsern Meistern bei den Verhandlungen auf den Hals schicken. Die haben zwar verdammt wenig Verständnis für den Wert theoretischer Berechnungen, dafür aber um so mehr für die rauhe Wirklichkeit. Ich möchte einmal die Gesichter der Frauen sehen und ihre Antworten hören, wenn der teure Gatte nach Hause kommt und ihr ein Rechenexempel etwa in der Art vor-macht: Die Lebensverhältnisse seit März d. J. sind um 3,3 Proz. gestiegen, der Lohn ist aber in der gleichen Zeit um 9,3 Proz. gestiegen. Folglich müssen wir in der abgelaufenen Zeit ganz erhebliche Ersparnisse gemacht haben, denn dank der sozialen Einsicht unserer Unternehmer haben wir ja schon viel mehr erhalten, als uns eigentlich zukommt. Aber, wie die Frauen nun einmal sind, wenn sie viel Geld haben, geben sie auch viel aus. Sie sind von der „Teuerungssphäre“ erfaßt worden (eine Arbeitshofe kannst du auch gebrauchen und dem Jungen keine Sonntagshofen sind auch nicht mehr viel wert, erwiderte sofort meine bessere Hälfte), sind „durch das Teuerungsgesetz zum überflüssigsten Einkauf angereizt“ worden, und dadurch ist nun alles eben erst im Preise gestiegen.

Also, ich sagte schon, die Antworten unserer Frauen auf derartige Ausforderungen würden ganz bestimmt nicht mit einem sanften Liebesgeschusel vergleichbar sein. Und was würden sie z. B. sagen, wenn man weiter bemerken würde, daß von einer Verlesung der Arbeiterschaft, von geringer Kaufkraft und niedrigen und unzureichenden Löhnen gar nicht gesprochen werden könne, denn die Geschäftsberichte der Konsumvereine und namentlich auch der Um-satz in einzelnen Waren-gattungen bieten ein ganz anderes Bild, so behaupten wenigstens die Unternehmer, und die müssen es ja wissen.

Die Antwort gerade auf diese Einwendung würde ganz bestimmt nicht sehr parlamentarisch ausfallen.

Denn schon der Umsatz der Konsumvereine dauernd steigende Ziffern zeigt, so beweist das lediglich, daß in immer größerem Umfange die Arbeiterschaft den Wert dieser Selbsthilfsorganisationen erkannt hat, und doch sind die Durchschnittsumsätze immer noch viel zu gering. Daraus aber herleiten zu wollen, von einer Notlage der Arbeiterschaft könne nicht gesprochen werden, ist ungefähr das Tollste, was an Gegenargumenten gegen die Forderungen der Arbeiterschaft angeführt werden kann. Und wenn dann weiter gesagt wird, „die Umsätze der Konsumvereine

in den einzelnen Warengattungen lassen gewisse Rückschlüsse zu", so muß demgegenüber gesagt werden, daß bei dem Hochstand unsrer Kultur auch der Arbeiter ein Recht zum menschenwürdigen Leben hat, der Umsatz an Raviar und sonstigen Feinschmeckereien aber in den Konsumver-einen wahrscheinlich noch nicht gestiegen ist.

Genau so, wie in dem immer stärker werdenden Hinein-wachsen der Arbeiterschaft in die Selbstversorgungszu-stande sich das Bewußtsein zeigt, frei zu werden von kapitalistischer Ausbeutung, genau so zeigt es sich in dem Erstarken der Gewerkschaften und ihrem Kampf gegen die überhandnehmende Feinerung. Und auch unsre Kollegen werden Gelegenheit haben, in den kommenden Wochen zu zeigen, daß nicht formaljuristische Gründe genügen, be-rechtigte Lebensinteressen zurückzudrängen, sondern der Zwang der Notwendigkeit wird sich auch hier auswirken.

Berlin-Siegfried. Georg Pötsch.

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes waren die Kosten der Lebenshaltung durch zweiein-halb Jahre im wesentlichen unverändert. Nun haben aber die amtlichen Statistischen Nachrichten für Oktober eine Stei-gerung der Lebenshaltungskosten um etwa 2 Proz. festgestellt, die Steigerung seit der letzten Zulagen-bewegung im graphischen Gewerbe im Januar dieses Jahres beträgt 3 Proz. Die Ziffern des Statistischen Amtes geben aber kein richtiges Bild der wachsenden Teuerung, weil ihre Berechnungsgrundlage nicht nur sehr rigoros, sondern sogar ansichtbar ist und insbesondere den Verhält-nissen in den von Fremden stark besuchten Ländern und Orten nicht in objektiver Weise Rechnung trägt. Ein wesentliches anderes Bild über die ständige Preissteigerung liefert beispielsweise eine gewissenhaft ausgearbeitete Stati-stik der Tiroler Arbeiterkammer durch Auszüge aus amt-lichen Preislisten, wonach in Innsbruck die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel vom Juli 1926 bis August 1927 sich um durchschnittlich fast 16 Proz. erhöht haben. Nicht viel anders liegen die Dinge in den andern von den Fremden stark besuchten Ländern; schon seit vielen Jahren sind nicht so viele Ausländer nach Österreich gekommen wie in diesem Jahre. Auch die nächsten Monate werden wohl noch im Zeichen der Teuerung stehen durch den unlängst vom Bürgerstad im Nationalrat beschlossenen neuen Zoll-tarif, dessen Auswirkung beträchtliche und gerade für die breiten Schichten der Bevölkerung besonders empfindliche Preissteigerungen zur Folge haben wird. So wurde aus weiten Kollektureisen die Forderung nach einer Reduktion der Löhne erhoben, zu der eine am 5. und 6. d. M. in Graz abgehaltene Gaubmännerkonferenz Stellung nahm. Nach dem Referat des Verbandsvorsitzenden Weigelt folgten Be-richte aus den Ländern. In Oberösterreich ist die Geschäfts-konjunktur eine sehr gute, in Tirol-Vorarlberg seit zwei Jahren so glänzend wie schon seit 20 Jahren nicht, Steier-märkt klage über das Vorhandensein einer größeren Anzahl von Vertriebsleistungsanstalten, die mit Buchdruckmaterial arbeiten und so den Druckereien nicht wenig Arbeit ent-ziehen. In Salzburg ist die Konjunktur eine gute, in Kärnten eine sehr gute, in Niederösterreich hat sie sich ge-bessert. Allgemein war die Klage über die Steigerung der Lebenshaltung durch den großen Fremdenverkehr, die selbst nach der Saison keinen Abbau erfährt. Die Gaubmänner-konferenz beschloß, auf Grund der abgegebenen Berichte und nach Zustimmung der beiden andern dem Graphischen Kartell angehörender Organisationen an die Unternehmer unter Berufung auf eine bezügliche Bestimmung des öster-reichischen Buchdruckerarbeitsgesetzes wegen einer entsprechenden Re-vision der Löhne heranzutreten. — Infolge der günstigen Konjunktur im deutschen Buchgewerbe in diesem Jahre hat der Verehrer der deutschen Buchdrucker in diesem Jahre nach Österreich eine nicht unbeträchtliche Nachschubung er-fahren. Es kamen in den ersten neun Monaten des Jahres 328 (gegenüber 591 derselben Zeit im Vorjahre) reichs-deutsche Verbandsmitglieder nach Österreich und erhielten für 4717 (9119) Tage 6603,80 (13 772,60) Schilling Hei-ferunterstützung. Auch die Zahl der reisenden österreichischen Kollegen ist in dieser Zeit um etwa 35 Proz. gegenüber dem Vorjahre gestiegen. — Der reaktionäre Kurs, der seit den Wuttagen des 15. Juli in verstärkter Maße wüthet, richtet sich nun auch gegen die Arbeiterpresse. Seit März dieses Jahres erscheint das „Kleine Blatt“, eine von der sozialdemokratischen Partei herausgegebene kleine, billige und illustrierte Tageszeitung, die es seit der kurzen Zeit ihres Bestehens schon zu einer Auflagehöhe von 130 000 brachte und die Schandattalen der Wiener Poli-zei und der Reaktion schonungslos an die Öffentlichkeit bringt. Gegen dieses begrifflich unangenehme Blatt wie auch gegen das Zentralorgan der Sozialdemokraten, die „Arbeiter-Zeitung“, laufen mehrere von der Staatsanwaltschaft erhobene Anklagen wegen „Aufreizung“ und ander-ähnliche „Delikte“. Der Verantwortliche des „Kleinen Blattes“ gab im Auftrage des Parteivorstandes eine Pro-schüre über die Wuttage des 15. und 16. Juli heraus, die der Beschlagnahme verfiel; 32 Stellen in ihr wurden kon-fiszirt, darunter sogar — Photographien über die Wut-tage, also unangenehme Tatsachen, die die Reaktion so gern walfonfizieren möchte. Die Beschlagnahme einer von der Partei herausgegebenen Broschüre ist schon seit etwa 35 Jahren nicht mehr erfolgt. Selbstredend wird die Pro-schüre über die Wuttage des 15. und 16. Juli nun erst recht ihren Weg ins Volk finden.

Belgien. Infolge allgemeinen Steigens der In-deziffer gelten für die Periode vom 1. Oktober bis zu Neujahr folgende Wochenlöhne: Für Brillen: Wer-ldruckereien: Handseher 282,75 Fr.; Maschinenseher 279,75 Fr.; Monotypgießer 282,75 Fr.; Drucker an gewöhn-lichen Maschinen 267,75 Fr.; an Zweigspindelmaschinen 279,75 Fr.; Zeitungsbetriebe mit siebenmal wöchentlich erscheinenden Zeitungen: Handseher 283,75 Fr.; Maschin-seher 296,75 Fr.; Rotationsdrucker 290,75 Fr.; Stereoty-peure 292,75 resp. 277,75 Fr.; Zeitungsbetriebe mit jehs-mal wöchentlich erscheinenden Zeitungen: Handseher 267,75 Fr.; Maschinenseher 279,75 Fr.; Rotationsdrucker 279,75 Fr.; Stereotypure 275,75 resp. 267,75 Fr.; Galvano-plastiker in Werldruckereien 276,75 resp. 290,75 Fr.; Schrift-gießer 274,75 Fr.; Lehrlinge im dritten Jahre 93,60, im vierten Jahre 143,65, nach vollständigem vierten Jahre 218,60 Fr. Für die Provinz gelten folgende Löhne: Dieß, Grammont, Renaz, Tongres, Kouters 193,45 Fr.; Hasselt, Tielmont 196,35 Fr.; Vervins-Aix 198,70 Fr.; Charleroi 233,70 Fr.; Antwerpen 236,95 Fr. Auf diese Sätze des Handseherminimums wird für die unter Brüssel auf-gezählten Spezialarbeiter ein entsprechender Zuschlag ge-zahlt. — Am 25. Dezember findet in Brüssel ein außer-ordentlich wichtiger Arbeiterkongreß statt mit der Tagesordnung: Prüfung der Lage im Hinblick auf die Erneuerung des Tarifvertrags. Am darauffolgenden Tage werden die Delegierten über folgende Anträge der Sektion Brüssel zu beraten haben: 1. Zwecks Entwicklung der ge-werkschaftlichen Erziehung des Klassenbewusstseins und der Kampffähigkeit der Bucharbeiter schafft der Zentralvor-stand des Verbandes ein eigenes Propagandabureau, dem folgende Aufgaben zufallen: Leitung des Verbandsorgans, Organisation von sozialen und gewerkschaftlichen Kon-sertenzen zur moralischen und intellektuellen Erziehung der Mitglieder. 2. Angesichts des bildenden Wertes der Kongresse ist es allen Mitgliedern der Lokalvorstände gestattet, den Verbandskongressen als Zuhörer beizuwohnen. 3. Ange-sichts der Tatsache, daß die gegenwärtige Krise eine große Zahl Bucharbeiter arbeitslos macht; daß die Krise darin wurzelt, daß die Kaufkraft der großen Masse der Kon-sumenten, d. h. der Arbeiterschaft, zurückgegangen ist; daß die Auswirkungen der Krise verhängnisvoll werden durch die technische Entwicklung im Buchgewerbe, durch die fort-schreitende Nationalisierung und die Neuerungen in der Produktionsweise; daß die schnelle Vergrößerung der Maschinenparks eine ständige Armee von Arbeitslosen schafft; daß diese arbeitslosen, Kampfzugen die Arbeits-bedingungen ungünstig beeinflussen; sind dem ordentlichen Bucharbeiterkongreß zu Pflichten 1928 folgende Punkte zur Beschlußfassung zu unterbreiten: Mit allen Mitteln die Kaufkraft der Arbeiterschaft der Lebensunterhaltung anzupassen; die Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben: Für die Arbeiter an Sech- und Rotationsmaschinen soll die wöchentliche Arbeitszeit auf 38½ Stunden, für alle andern auf 42 Stunden herabgesetzt werden. Zur wirksameren Unter-stützung der Arbeitslosen wird unter Mitwirkung der Syndikatskommission eine Rückversicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit geschaffen; zudem soll ein größerer Anteil der Arbeitslosenfürsorge aus staatlichen Mitteln bereitgestellt werden. Der Schlußantrag bezweckt, größere Einigkeit der Bucharbeiterkammer, in-besondere der Arbeiterschaft im allgemeinen herbeizuführen, um dadurch die Aussichten für den Kampf um günstigere Lebens- und Arbeitsbedingun-gen zu verbessern. So sehr man die rasche Verwirklichung dieser Forderungen herbeiwünschen möchte, so hat es unter den gegenwärtigen Verhältnissen dennoch den Anschein, als ob die radikalen Führer der Sektion Brüssel durch Ein-bringung von Anträgen, an deren Verwirklichung sie unter den gegebenen Umständen wohl selbst kaum glauben dürften, dem Zentralvorstand des Verbandes Knippel in die Hände zu werfen gedenken.

Frankreich. In einer zweiten Sitzung befaßte sich der Nationalrat des französischen Bucharbeiterver-bandes mit den Beziehungen zum Allgemeinen Arbeits-bund (CGT.), mit dessen politischer Einstellung man nicht ganz zufrieden ist; Anstoß hat besonders die Haltung des Delegierten des Allgemeinen Arbeitsbundes in der Frage der staatlichen Arbeitslosenversicherung gegeben, der durch seine meist persönlichen Ansichtenäußerungen den Gegnern der Gesetzesvorlage in Parlament und Regierung Waffen zum Kampf gegen die Syndikatsbewegung in die Hand gegeben und das Spiel der vereinigten Kommunisten ge-spielt habe, die nicht Anhänger der Arbeitslosenversicherung sind. Eine längere Diskussion verurteilte die Aufforderung an die Mitglieder des Zentralvorstandes, auf das Partei-or-gan „Le Peuple“ zu abonnieren. Kollege Diongn widersetzte sich dem mit dem Bemerkten, das Parteiorgan sei dem Zentralvorstand sehr wohl entbehrlich und es sei ihm nur ein Hindernis in seinem Bemühen, dem Verband neue Mitglieder zu werben. Es sei übrigens verfehlt, zu ver-suchen, die Auflage des Blattes durch Zwang zu erhöhen. Zum Kapitel Beivergiftung wird auf die Ungültigkeit des Gesetzes von 1919 hingewiesen; insbesondere wird bemängelt, daß die lithographischen Anstalten nicht in die ungeliebten Betriebe eingereicht seien. Einen dritten Raum in der Diskussion beanspruchte die Lehrlingsfrage. Trotz-dem die Verbandsorgane der Lehrlingsausbildung die größte Sorgfalt widmen, herrschen in einzelnen Sektionen

geradezu skandalöse Zustände in der Lehrlingsausbildung. Die staatliche Aufsicht der Gewerkschaften und der Werk-stätten ist unzulänglich. Es wird die Notwendigkeit dar-gelegt, daß in allen Sektionen Kollegen für den Posten des Gewerbeaufsehers kandidieren müßten, um die Auf-sicht in die Hand des Verbandes zu bekommen. Ein Antrag, der einstimmig angenommen wurde, besagt u. a.: „Die Lehrlingsfrage kann nur zufriedenstellend gelöst werden, wenn den notorischen Lehrlingsausbeutern das Recht, Lehrlinge anzuleiten, entzogen wird. Die Vertreter des Buch-arbeiterverbandes verlangen von den öffentlichen Ge-walten Maßnahmen, daß die Lehrlingsfrage nur durch eine gemeinsame Übereinkunft von Arbeitgebern und Ar-beitnehmern geregelt werde. Gestützt auf ein solches Gesetz, könnte die Leitung des technischen Unterrichts durch Ver-mittlung der Aufsichtsbeamten die heute so verschiede-nartigen Lehrlingsverhältnisse vereinheitlichen im Sinne einer Bevorzugung der anerkannt gewerkschaftlichen Lehr-herren, unter Ausschluß derjenigen Arbeitgeber, denen nur an der Ausbeutung der jugendlichen Kräfte gelegen ist. Auch den Berufsberatungsämtern sei eine allgemeinere Einführung und eine praktischere Zusammenfassung zu geben. Kollege Diongn ver sprach alles zu tun, damit den Anregungen in der Lehrlingsfrage Genüge geschehe. — In unserm letzten Bericht haben wir auszusweise die For-derungen wiedergegeben, die die elsässische Lehrlings-Prinzipale gelegentlich der Tarifverneuerung gestellt haben. Im „Travailleur du Livre“ wird nunmehr nachgewiesen, wie hoch sich der Lohnausfall stellen würde, falls die Prinzipalswünsche in Erfüllung gehen sollten. Das Gehilfenorgan stellt darüber eine Berechnung auf und bemerkt dazu folgendes: „Aufhebung der Feiertags-bezahlung 465 Fr.; Herabsetzung der Lokalzuschläge auf 15 Proz. 581 Fr.; Herabsetzung der Indegulate auf 3,30 Fr. 52 Fr.; Aufhebung der Familienzulage (drei Köpfe) 485 Fr.; zusammen 1533 Fr. Die Herabsetzung der Lokal-zuschläge auf 15 Proz. für die Druckorte, die heute bis zu 25 Proz. erhalten, würde eine wöchentliche Lohnreduzierung um rund 11 Fr. bedeuten, ebenso würde die Herab-setzung der Indegulate auf 3,30 Fr. bei gleichbleibender Indeziffer einen jährlichen Ausfall von 52 Fr. bedeuten. Beim Steigen der Indeziffer um je zehn Punkte würde sich der Ausfall entsprechend höher stellen. Sollte aber gar der Antrag so verstanden sein, daß die bisherigen elf Zu-lagen bereits die Herabsetzung erfahren sollten. So wäre dies eine sofortige Lohnverminderung um 11 Fr. pro Woche, also, aufs Jahr berechnet, rund 531 Fr. Die obige Auf-stellung würde sich dann um 479 Fr. erhöhen und einen Jahreslohnverlust von 1700 Fr. ergeben. Die Aufhebung der obligatorischen Feiertagsbezahlung würde bei Berech-nung von elf Feiertagen beim heutigen Stand des Mini-mums einen Ausfall von 465 Fr. bedeuten. Und endlich die Aufhebung der Familienzulagen (eine Familie mit Frau und zwei Kindern eingeschlossen) einen weiteren Ausfall von 485 Fr. Diese vier Punkte allein bedeuten für die Ge-hilfen eine regelrechte Einkommensverminderung um 1533 bzw. 2012 Fr. pro Jahr. Dazu käme aber noch eine Reduzierung der Überstundenbezahlung sowie die der Sonntags-, Feiertags-, Nacht- und Schichtstunden. Obwohl wir, oder gerade weil wir, entschlossene Gegner der Überstunden und Anhänger und Befürworter des Achtstundentags sind, haben wir keinerlei Anlaß, weitergehende geistige und körperliche Anstrengungen im Interesse des Prinzipals und zum Schaden der Arbeitslosen zu machen, ohne ein entsprechen-des Äquivalent in Form von genügend bemessenem Stundenlohn. Insofern bedeutet auch die Herabsetzung der Überstundenzuschläge eine Lohnverminderung. Wenn man diese schlichte Rechnung sich ein wenig zu Gemüte führt, vergegenwärtigt sich die ohnehin prekäre Lage der Gehilfen bei der eher steigenden als sinkenden Tendenz der Markt-lage, die Aussichten, die uns eine verfehlte Sozialpolitik bieten und dergleichen mehr, so ist man zum mindesten über-zugsigt, um keinen andern Ausbruch zu gebrauchen, ein solches Maß von Verschlechterungsanträgen als entliche Basis zu Tarifverhandlungen vorgelegt zu bekommen. Was hätten uns wohl die Herren Prinzipale geantwortet, wenn wir in ungehebrim Sinne solche Forderungen eingereicht hätten? Dies alles und die Einführung des Berechnens, der Kommantite und Zahlung für Mehrleistung, sagen wir Prämienystem, verheizen uns Zustände im Gewerbe, die für uns längst überwunden gelten müssen.“ — Die Han-dlungspraxis der Sektion Paris hat augenblicklich 150 arbeitslose Mitglieder. — Im ersten Jahre ihres Bestehens erforderte die Verbandsinvalidenunter-stützung einen Gesamtaufwand von 184 542 Fr. Die Zahl der Bezugsberechtigten stieg von 109 im ersten auf 137 im vierten Vierteljahr.

Amerika. Von der buchgewerblichen Be-deutung Chicagos vermittelt uns der „Inland Printer“ in seinem Septemberbericht einen ungefähren Be-griff. Dem Handelsstatistikbericht zufolge gab es im Jahre 1926 in Chicago insgesamt 1521 graphische Betriebe; außerdem noch 500 kleine, von denen aber nur wenig voll-ständige Angaben zu erhalten waren. Die Zahl setzt sich zusammen aus: 911 Buch- und Altabendruckereien, 381 Zeitungs- und Zeitungsverdruckerereien, 85 Buchbindereien und Geschäftsbücherfabriken, 32 Stahl- und Kupferdruckereien und Gravuranstalten, 29 Offset- und Steindruckereien, 51 graphischen Kunstanstalten, 17 Galvanoplastischen An-stalten und 15 Notendruckereien. Diese Betriebe beschäfti-gen rund 40 000 Lohnempfänger, denen noch 10 000 Per-sonen (Eigentümer, Beamte, Kontorpersonal) hinzugezählt werden müssen. Die ausgezahlten Löhne betrugen 74 490 423 Dollar, die Erzeugung hatte einen Wert von

329 738 536 Dollar und das angelegte Kapital belief sich auf 142 127 777 Dollar.

China. Den „Mitteilungen“ des Internationalen Sekretariats, die allmonatlich erscheinen, verdanken wir nachstehende Schilderung eines chinesischen Großbetriebes, der Commercial Press in Schanghai. Es handelt sich bei diesem Unternehmen um die größte chinesische Druckerei. Sie beschäftigt 3500 Arbeiter und Arbeiterinnen und noch eine große Anzahl Angestellte und gehört nicht etwa einer englischen Gesellschaft, sondern einer chinesischen. Im Laufe der 30 Jahre, die die Commercial Press besteht, hat der Betrieb sich immer besser entwickelt. Das Verlagswesen der Commercial Press hat sich hauptsächlich auf Schulbücher konzentriert und versorgt die chinesischen Schulen nicht nur mit chinesischen Lehrbüchern, sondern auch mit solchen in vielen europäischen Sprachen. Die Druckerei beschäftigt zu diesem Zweck 300 Personen, darunter viele Professoren und an die 100 andre Gelehrte, die die chinesischen Hochschulen absolviert haben, und an die 30 solcher, die die japanischen und europäischen Universitäten besucht haben. Im Jahre 1925 sind im Verlage der Commercial Press 14 523 verschiedene Schulbücher in chinesischer, englischer und andern Sprachen erschienen. Die Druckerei ist technisch mit den neuesten Maschinen ausgerüstet. Im Druckerzweige stehen über 100 verschiedene Druckpressen. Eine große Rotationsmaschine, die einzige dieser Art in China, besorgt den Buchdruck und kann 128 Seiten auf einmal bewältigen. Für das Drucken der alten chinesischen Werke ist ein besonderer Saal eingerichtet. Auch die Buchbinderei ist mit den neuesten Maschinen zum Falzen, Broschieren, Einrücken, Verpacken usw. versorgt. Das Interessanteste in der Commercial Press ist die Setzerei. Für die chinesischen Schriftzeichen existieren noch keine Setzmaschinen. Der Setzkosten für die 8000 chinesischen Schriftzeichen ist jetzt so eingerichtet, daß man ihn handlich gebrauchen kann. Neben der chinesischen Abteilung besteht in der Commercial Press noch eine kleinere für Englisch mit drei Monotypsetzmaschinen. Mit der Druckerei verbunden ist auch eine große Lithographie, in der Millionen von farbigen Karten, Kalendern, Etiketten und verschiedene von den Chinesen geliebte Bilder hergestellt werden. Die Lithographie besitzt 32 Maschinen, darunter 10 Offsetmaschinen. Die Zintographie der Commercial Press ist die einzige in ganz China. Die Commercial Press besitzt auch ihre eigene Schriftgießerei mit acht Hand- und 25 automatischen Maschinen, ferner eine eigene Maschinenbaubteilung. Das Verhältnis der Verwaltung der Commercial Press zu den Angestellten und Arbeitern war schon vor der Eroberung Schanghais durch die Südruppen ein andres als in den übrigen Druckereien. Von den 3500 Arbeitern waren schon damals 2500 organisiert. Die Leitung des Betriebes versuchte, immer mit ihrer Angestellten, auf gutem Fuße zu bleiben. Im letzten Jahresbericht findet man darüber folgende Stelle: „Einer der Faktoren des schnellen Aufstieges des Unternehmens ist in dem menschlichen und sympathischen Verhältnis der Administration zu den Arbeitern zu suchen.“ Im vorigen Jahre wurde der Lohnstundentag eingeführt, obwohl in allen andern Druckereien Chinas noch zehn oder selbst zwölf Stunden geschafft wird. Selbst der russische „Besatzant“ ist der Meinung, daß die Lage der Arbeiter in der Commercial Press eine sehr günstige sei und außerordentlich von der ausbeuterischen Haltung der andern chinesischen Betriebe abstehe. Im allgemeinen ist die Lage der chinesischen Buchdrucker eine sehr traurige.

Gewerkschaftsbewegung und Kapital

Man kann wohl sagen, daß sich das Leben der Arbeiter gegen früher gebessert hat. Aber daraus kann man nicht den Schluß ziehen, daß sich das kapitalistische System im Prinzip, was den Menschen betrifft, vervollkommen hätte. Die Besserung der Lebenslage der Arbeiterklasse ist eine Folge der von den Gewerkschaften geführten Kämpfe. Das kapitalistische System hat Grundzüge, die zur Vervollkommnung und Harmonie der Gesellschaft im allgemeinen führen können, noch nicht zur Geltung gebracht. Durch eigene Kraft hat die Arbeiterklasse sich zu einem besseren Dasein durchgerungen. Einer der größten Mängel des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die industrielle Reservearmee als Folge der von Zeit zu Zeit eintretenden Krisen, zu deren Beseitigung der Kapitalismus noch nichts tut. Selbst heute, wo der Kapitalismus durch Syndikats- und Kartellpolitik versucht, in Angebot und Nachfrage ein Gleichgewicht herzustellen, bleibt als Nachteil im kapitalistischen System die industrielle Reservearmee. Dadurch wird der Mensch und seine Arbeitskraft zur Ware herabgedrückt. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß eine Wirtschaftspolitik, die nicht den Menschen im allgemeinen zugute kommt und dazu beiträgt, daß eine Höherentwicklung erfolgt, schon den Keim zur Auflösung in sich trägt. Man darf dabei aber nicht vergessen, daß die Arbeiterklasse von heute einen wesentlichen Teil der Wirtschaft darstellt. Infolgedessen muß sie alles daransetzen, schon innerhalb des kapitalistischen Systems das Leben der Gesamtheit, und damit auch ihr eigenes, mit aller Kraft zu heben. Denn ein katastrophaler Zusammenbruch des kapitalistischen Systems würde auch ihre Existenz erschüttern.

Aus allem Gesagten geht hervor, daß die Erneuerung des gesamten Wirtschaftssystems als ein Problem allgemeinen Menschentums zu bewerten ist. Darf deshalb aber der gewerkschaftlich-wirtschaftliche Kampf um Verbesserung des Lebensstandards innerhalb der kapitalistischen Welt vernachlässigt werden? Nichts wäre gefährlicher als das. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte lehrt uns, daß die kulturell und wirtschaftlich hochstehenden Teile der Arbeiterklasse stets die erfolgreichsten Kämpfer gewesen sind. Soll das Ziel sein, die jetzige kapitalistische Ordnung mit ihren schlimmen Begleiterscheinungen zu überwinden, dann muß die ganze Arbeiterklasse eine Höherentwicklung erfahren.

Jahrzehnte Forderungen, die noch vor einigen Jahrzehnten als Utopien verachtet wurden, haben ganz oder teilweise ihre Erfüllung gefunden. Im allgemeinen können wir sagen, daß wir es doch ein wenig weitergebracht haben, wenn wir die heutigen Zustände, so mangelhaft sie auch noch sind, mit jenen vergleichen, als das kapitalistische System noch nach Herrenart schalten und walten konnte, ohne von gewerkschaftlicher oder staatslicher Kräfte in seiner Wirksamkeit beeinträchtigt zu werden.

Aber die Hauptfrage in der sozialen Entwicklung selbst bleibt doch immer der Mensch an sich, wie er sich wandelt bzw. seine Seele. Der Arbeitsmensch von heute weiß, wie unentbehrlich er für die Allgemeinheit in Gesellschaft und Wirtschaft ist, und erkennt seine Berechtigung, seine Ansprüche zu stellen. Das Arbeitsverhältnis bedeutet nicht mehr, wie früher beim Handwerk, nur eine Zwischenstufe zum Höherentkommen, sondern es umfaßt das ganze Leben. Der Arbeiter von heute folgert daraus, daß nur eine Umgestaltung der Lebensordnung ihn höher kommen läßt und ihm in der Gesellschaft die Möglichkeit zum kulturellen Aufstieg verschafft. Das jetzige wirtschaftliche System tut

das seinige, daß die Masse der Kämpfenden an Kraft und Umfang dauernd zunimmt. Der Zustand, wo durch das kapitalistische System ein Mittelstand an Geistesarbeitern in der Industrie, in kaufmännischen Kreisen, Technikern, Chemikern, Ingenieuren großgezogen wurde, ist durch die Trübsal- und Konjunkturperiode, die als neueste kapitalistische Periode anzusehen ist, beendet. Durch diese Periode ist eine erneute Mechanisierung und Profetisierung der Geistesarbeiter eingetreten, die dadurch zur Masse gehören.

Die Gewerkschaftsbewegung muß nun eine ernste Aufgabe darin sehen, alle diese zur „Masse“ umgestalteten Kräfte, die zum Kampfe um bessere wirtschaftliche und gesellschaftliche Lebensgestaltung frei werden, zusammenzufassen und zu schulen. Denn nur durch ein Gleichgewicht der Klassenkräfte auch in geistiger Beziehung ist es möglich, eine vollständige Gleichwertigkeit aller für die Gesamtwirtschaft benötigten Kräfte und somit auch eine Umgestaltung in der Lebensordnung für sämtliche in der Wirtschaft geleistete Arbeit zu erzielen.

In der Gewerkschaftsbewegung hatte man schon um die Jahrhundertwende der von Bebel im Jahre 1891 auf dem Parteitag verkündeten Prophezeiungen, „daß wenige im Saale seien, die die Erreichung der sozialistischen Ziele nicht miterleben würden“, nicht mehr vertraut. Die Gewerkschaftsbewegung hielt daran nicht mehr fest, weil sie zu dem Teil der Arbeiterbewegung gehörte, der eben am meisten darauf bedacht war, eine wirtschaftliche Veränderung des herrschenden Gesellschaftszustandes herbeizuführen. Denn die harten Tatsachen drängten diesen Teil der Arbeiterbewegung auf den Boden der wirklichen, nächstern Gegenwart, wie sie eben war.

Trotz aller gewonnenen Erfahrungen vor dem Kriege lehnte ein Teil der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit wieder zu der schon überwundenen Katastrophen- und Gewaltpolitik zurück. Die alten, erfahrenen und praktisch geschulten Gewerkschaftler, die Zweite Internationale und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale halten zwar an der schrittweisen sozialen Entwicklung mit ihren Zwischen- bzw. Übergangsstationen fest. Im Gegensatz hierzu gehen die syndikalistischen Organisationen und die bolschewistischen Gewerkschaftler aber ihren eigenen Weg, sehr zum Schaden der Gesamtbewegung. Das kapitalistische System hat schon vielfache Änderungen erfahren und kann nicht als der Weisheit letzter Schluß gewertet werden. Aber auch die Arbeiterklasse hat bewiesen, daß sie im Wirtschaftsleben als ein Machtfaktor, der nicht übersehen werden darf, bewertet werden muß. Dieses klar herausgearbeitet zu haben, ist das unbestrittene Verdienst der freien Gewerkschaftsbewegung, die damit zu einem Kulturfaktor ersten Ranges geworden ist.

Fast scheint es, als ob der Kapitalismus, und besonders in seiner radikalsten Form, als Konzentrations- und Trübsalkapitalismus durch sein rücksichtsloses Vorgehen den Gang der kommenden Entwicklung zu beherrschen vermöchte. Dem ist aber nicht so. Wenn man die Wirtschaftsgeschichte studiert, stellt sich heraus, daß die Arbeiterklasse jetzt bessere Aussichten für ihre Entwicklung hat, als zu jener Zeit, als es noch Aufgabe des Kapitalismus war, das vorhandene individuelle Privateigentum zu einem kapitalistisch-kollektiven Eigentum umzuwandeln. Es ist leichter, verhältnismäßig wenige Herrscher des Hochkapitalismus mit ihrer bevorzugten Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft durch noch besser befähigte Vertrauenspersonen der sich ebenbürtig fühlen Arbeiterklasse zu ersetzen, als daß ungeleitet die Arbeiterklasse es mit einer sehr viel größeren Zahl von Einzelunternehmern zu tun hat.

Zur Geschichte der Todesstrafe

In unsern Tagen verbergen die Anhänger der Todesstrafe ihren Haß- und Abschredungszweck gern unter der Färbung der Notwendigkeit des Schutzes der Gesellschaft vor Vergehen gegen das Leben. Oder aber verteidigen sich, wenn ihnen die Argumente gegenüber den Ansprüchen von Menschlichkeit und Kulturfortschritt ausbleiben, hinter den Volkswillen, der angeblich die Todesstrafe als Sühne für Mord beibehalten wissen wolle. Selbst wenn dieser Einwand in der tatsächlichen Volksmeinung begründet läge, wogegen z. B. die verächtliche Stellung des Volksherrschers justizialer Aufträge auf Vernichtung von Menschenleben spricht, des Senters, dessen Vertüchtigung einft in Mittelalter den Bürger „unehrlich“ und zu seinem Gehilfen machte, der in den Kneipen nur in abgezonderter Ecke sitzen durfte und seinen Trunk aus besonderem Becher erhielt, wenn er ihn nicht überhaupt verweigert wurde, dessen Frau in Kindesnöten vergeblich auf die Hilfe der Hebammen warten mußte usw., selbst dann würde an dem wichtigsten Einwand gegen die Todesstrafe, daß sie ein Ausschluß blutigen Raubjustiz, unwürdig unsrer Zivilisation, sei, nichts geändert. Vielmehr wäre er dann erst recht bewiesen.

In früheren Zeiten war man ehrlicher und gab ganz offen zu, daß die Todesstrafe der Raube sowohl wie der Abschredung dienen solle, zwei Begriffen also, von denen die moderne Rechtspflege weit entfernt sein will. Dede z. B. wurden noch bis zum Beginn des vergangenen Jahrhunderts gehängt, selbst wenn sie den angerichteten Schanden wieder gutgemacht hatten oder gutmachen wollten. Mörder räderte man, Majestätsbeleidigung wurde durch Bierleien gesühnt, Fallschmüger verloren durch siedendes Wasser oder Öl ihr sträfliches Leben. Und wie die biblischen Gebote beachtet wurden, ist zu gut aus der Geschichte der Inquisition bekannt, die Hunderttausende wegen Gottesläugerei oder Hexerei und Teufelsbuhlschaft grausam zu Tode ge-

martert hat. Daß gerade in der Inquisitionsjustiz neben dem Verlangen nach Raube und Vergeltung auch noch andre Motive mitspielten, der Eigennutz z. B. der Richter, die für jeden Fall besondere Sporkeln bezogen, und der Angeber, die bestimmte Prozentsätze vom Vermögen der Hingerichteten beanspruchten konnten, unterkreuzt nur noch den barbarischen Zweckcharakter solcher „Bestrafung“ mit dem Tode. Sie diente reiner Interessenpolitik der herrschenden Mächte.

Doch existieren aus jenen verunkelten Zeiten henkerischen Wahnes auch noch andre Beispiele für die zweckbewußte Vergeltungs- und Abschredungsabsicht, mit der die Todesstrafe angedroht und ausgeprochen wurde. Besonders markant sind Szenen aus der Geschichte des Bleistiftes und der Spigen. Bevor Graphit gefunden und als Schreibmaterial benutzt wurde, bediente man sich zum Schreiben und Zeichnen in Holz gefaßter Metallstäben, die meist aus einer Legierung von Silber und Blei oder Blei mit andern Beimengungen bestanden. Diese Schreibstifte waren natürlich nicht nur sehr teuer, sondern auch recht wenig zweckgeeignet. Als daher die berühmten Graphitgruben von Borrodale in der englischen Landschaft Cumberland in den Jahren 1540—60 erschloffen wurden, begann sofort der Aufstieg der Bleistifte aus dem neuen Mineral, die an Brauchbarkeit alle bis dahin gewohnten Schreibutensilien unvergleichlich übertrafen. Auch im Auslande wurde die Herstellung von Graphitbleistiften aufgenommen, so in Italien, Frankreich und Deutschland, wo zumal Nürnberg der Hauptsitz der Bleistiftmacherei war, als solcher unzdunlich 1602 zum ersten Male erwähnt. Der Borrodale-Graphit bekam Hochkonjunktur. Der Zentner stieg bis auf den Preis von 108 Pfund (3360 M.). Förderung und Ausfuhr nahmen solchen Umfang an, daß die vorzeitige Erschöpfung der Gruben befristet werden mußte. Um dies zu verhindern und um vor allem das Herstellungsmonopol von Graphitbleistiften für England zu

sichern, erließ die Regierung ein Ausfuhrverbot, wie das in solchen Fällen früher üblich war. Als Sühne aber für die Übertretung und um davon abzuschrecken, proklamierte sie zugleich die Todesstrafe, die dann auch tatsächlich wiederholt vollzogen wurde. Als Raube also für die Übertretung einer von übelsten Gewinninteressen diktierten staatlichen Wirtschaftsmaßnahme!

Eine wirtschaftliche Überlegung veranlaßte auch den Rat der mittelalterlichen Republik Venedig zur Androhung der Todesstrafe. Sie wollte ein Ausfuhrverbot, und zwar von lebenden Menschen und ihrer Kunstfertigkeit sichern. Im 16. Jahrhundert war die venezianische Spigenindustrie zu hoher Blüte gelangt. Ihre Erzeugnisse galten in der damaligen Kulturwelt als unübertrefflich. Viele Staaten, darunter Frankreich, bemühten sich, venezianische Köpplerkunst in ihrem Gebiete einzuführen. Natürlich wären sie dann von der venezianischen Spigenherzeugung unabhängig geworden und konnten ihrem Preiswucher entgegen. Sie boten den Köpplerinnen Venedigs gewaltige Summen und Vorteile, wenn sie übersiedeln würden. Und in der Tat gelang es Colbert, dem genialen Finanzminister Ludwigs XIV., ein Duzend venezianischer Spigenarbeiterinnen nach Frankreich zu bringen, wo sie zu Mencon die Grundlage der noch heute hochberühmten französischen Spigenindustrie legten. Als die Republik Venedig davon erfuhr, erließ sie das Auswanderungsverbot für Spigenarbeiterinnen und drohte für die Mißachtung die Todesstrafe für die Übertreterin und ihre ganze Familie an.

Daß auch dem geistigen Fortschritt, sobald er den herrschenden Klassen un bequem wurde, die Drohung der Todesstrafe als Warnzeichen in den Weg gebaut worden ist, kann man besonders an Beispielen aus der Geschichte der Zeitung belegen. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts erließ Papst Gregor VI. eine Bulle gegen die Verbreitung von Zeitungen, die nicht vorher der geistlichen Zensur vorgelegen hatten. Als Strafen waren vorgesehen — außer der Brand-

Der große Widerspruch, der darin liegt, daß im kapitalistischen System diejenigen, die das Rad der Produktion erst drehen, von der Mitwirkung in der Wirtschaft ausgeschlossen sein sollen, kann von niemand übersehen werden, und darum kann das kapitalistische System in diesem Sinne nicht von Dauer sein. Der Mensch ist das Maß aller Dinge, und jedes Wirtschaftssystem, das den Menschen vernachlässigt, kann nur als Übergangssystem angesehen werden. Weil aber das kapitalistische System den Arbeiter nur als ein Werkzeug ansieht und seine Arbeitskraft, geistige wie Handarbeit, zur Ware degradiert, muß dieses System einer andern Ordnung der Dinge Platz machen. Das Menschenproblem ist demnach die Kernfrage der weiteren Entwicklung des heutigen Wirtschaftssystems geworden, und darum ist es Pflicht der Gewerkschaften, dafür zu kämpfen, daß sich der Arbeitsmensch vom Objekt der Wirtschaft zum Subjekt verwanbelt. Denn durch Herbeiführung der Solidarität der Arbeit vor dem Kapital muß es unmöglich werden, die Arbeitskraft des Menschen als bloße Ware zu bewerten.

Durch Gewalt kann dies natürlich nicht erreicht werden, sondern dieser Prozeß der Entwicklung muß sich allmählich vollziehen. Auch wird der Erfolg davon abhängen, wie weit die Arbeiterschaft gesellschaftlich dazu reif ist. Nur eine allmähliche Entwicklung kann zur Realisierung aller Pläne, die für die Gemeinwirtschaft geschieden wurden, führen, und bisher fehlte es an der richtigen Erziehung der Menschen hierfür. Das kapitalistische Zeitalter hat es mit sich gebracht, daß selbst einzelne Teile der Arbeiterschaft noch mehr mit Erwerbszweck als mit sozialer Gesinnung ausgestattet sind. Hier fehlt häufig nur die richtige Disziplin, und den hierzu reifen Menschen soll erst die heutige Entwicklung hervorbringen. Bis man hierzu gelangt, sind voraussichtlich noch viele Zwischenstufen zu durchlaufen, bis alle Gewohnheiten in der Denkweise des einzelnen überwunden und zu planmäßigen Denken geführt worden sind. Erst wenn politische Schlagworte nicht mehr so offene Ohren finden, dürfte für die Gewerkschaften die Zeit gekommen sein, die Arbeiterschaft zur Erfüllung ihrer wahren Aufgaben für die Zukunft zu führen.

Gegen die Subventionspolitik

Es gibt verschiedene Arten staatlicher Subventionen aus öffentlichen Mitteln: direkte, auf Grund irgendwelcher Legalen oder auf diesem Zweck geschaffener Titel, wie z. B. die 700-Millionen-Zahlung an die Ruhrindustrie ohne Befragung des Reichstages, sodann auf Grund politisch-wirtschaftlicher Liebesbedenken amtierender Minister, und die viel wertvolleren indirekten, die in der Prägung der Wirtschaftspolitik und Steuerpolitik zugunsten der bevorzugten Schichten bestehen: Abbau der Besitzsteuern, Schutzzollpolitik, Arbeitszeitregulierung usw.

Die letzten vier Jahre haben der deutschen Großindustrie und dem Großagrarierum Milliarden, vor allem durch die Praxifizierung der indirekten Subventionsmethode, in den Schoß geschüttelt, alles auf Kosten der breiten Massen der Konsumenten und Steuerzahler. Die Kosten der Rationalisierung der Produktion, die jahrelang ein Arbeitslosenheer von über zwei Millionen freigestellt, wurde durch die Arbeitslosenunterstützungen — neben dem Hunger und Elend der Erwerbslosen selbst — gleichfalls aus öffentlichen Mitteln gezahlt. Gewaltige Steuererhöhungen — außer für die Arbeiter und Angestellten, die mit dem Steuerabzug vom Einkommen zu pünktlichen Zahlern gemacht worden sind —

markung des Zeitungsfreiers — u. a. der Tod! Ludwig der Fromme hat diese Bulle in Frankreich durchführen lassen. In England stand bis zum Jahre 1695 auf die unbefugte Veröffentlichung von Parlamentsberichten und Beschlüssen in den damals etwa 50 Zeitungen und Zeitschriften der Tod am Galgen. Berühmt geworden ist der Fall jenes Druckers vom Jahre 1719, der sich geweigert hatte, den Autor eines in seiner Offizin anonym gedruckten Flugblattes gegen die Regierung zu nennen. Er wurde quers gehängt, dann gerädert und sein Leichnam zum besonders abschreckenden Beispiele auch noch gevierteilt!

Es hat wenig Sinn, über die Art von Staatsstrafen, die in allen diesen Beispielen zur Motivierung und vom Zwecknutzen der Todesstrafe zum Ausdruck kommt, heute zu räsonnieren. Eines ist sicher: Sie erhellen zur Genüge die Verlogenheit moderner Begründung justizialer Lebensraubes, die vom „Schutz für die Gesellschaft“ und dem uralten „Volkswillen“ alle Register einer Sozialauf-fassung zieht, die auch sonst den geistlich geschützten Raub etwa am Ertrage menschlicher Arbeit durch das kapitalistische Lohnsystem für selbstverständlich hält. Letzten Endes bewährt sich in den Absichten des neuen Strafgesetzbuchs nicht nur in bezug auf die Todesstrafe die soziologische Wahrheit, die uns Marx aufgeschloßen hat, daß nämlich jede Gesellschaftsordnung sich die Mittel schafft, die sie zu ihrem Schutze braucht. Und das, was wir Kulturgesinnung nennen, ist gleichfalls davon abhängig und funktioniert einsteifen nur so, wie es der Dichter Anatole France in die Worte gekleidet hat: „... Unser Geist ist so besessen, daß nichts, was alltäglich und gewöhnlich ist, ihn verwirrt noch verfehlt. Und der Brauch verbräutet sozusagen unsre Empörung und nicht minder unsere Verwunderung.“ Aus allen diesen Gründen hat auch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft die Pflicht, überall, wo es möglich und angängig ist, ihren Einfluß für die Abschaffung der Todesstrafe geltend zu machen.

B. D.

dienten gleichfalls ausschließlich dem Interesse von Industrie und Wirtschaft. Dazu kam der dauernde Abbau der Besitzsteuern unter dem Bürgerblod überhaupt, verbunden mit einer kräftigen Erhöhung vor allem der Getreidezölle. Wie letzten Endes auch die Verzögerung wichtiger Handelsvertragsabstimmungen, so mit Polen, immer wieder ausschließlich zum Vorteil der großindustriellen und groß-agrarischen Interessen geschah. Aber alles das genügte großkapitalistischer Raffgier noch nicht. Von Monat zu Monat hat sich in den letzten anderthalb Jahren, parallel sozusagen mit dem Aufschwung der Konjunktur, das Verlangen nach weiterem Abbau der Sozialpolitik verstärkt, unterstützt von großhändlerischen Drohungen der Montan-gewaltigen, die mit der Anlegung von Streikzonen und dergleichen nur zu klar erkennen lassen, daß sie auf gewaltige, so ihnen provozierte Arbeitskämpfe zur Durch-führung ihrer Ziele rüsten.

Diese ganze unerhörte Wirtschaft auf Regimentsuntkosten, gegen die die Sozialdemokratie immer wieder vergeblich gewarnt, hat sich als vollkommen sinn- und nutzlos erwiesen, hat eine weite schwere Dispositionsfehler in Großindustrie und Großgrundbesitz verdecken können, die sich nun nicht länger verheimlichen lassen und in Kasinodarfen — ver-steckt sich nicht gegen die Unfähigkeit der Schuldigen, sondern gegen die sozialpolitischen Lasten — die Öffentlichkeit alarmieren.

Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß sowohl die Herren vom Ruhrmontantrust wie vom Großagrarierum zu gleicher Zeit ihr Bedrängnis offenbaren und, selbstber-ständlich, nach neuen Unterstützungen auf Kosten der Allgemeinheit, vor allem der Arbeiterschaft, brüllen. Wobei sich dann ihre Argumentationen für die Notwendigkeit des Abbaues der öffentlichen Lasten merkwürdigerweise auch mit dem Ziele des Reparationsagenten decken.

Der Geschäftsbericht der Vereinigten Stahlwerke ist glänzend: in dem am 30. September 1927 beendeten zweiten Geschäftsjahre des Unternehmens hat sich der Umsatz auf rund 1,42 Milliarden M. erhöht, ohne den Umsatz zwischen seinen einzelnen Abteilungen selbst. Die einzelnen Pro-duktionszweige ergaben gewaltige Steigerungen, die Kohlenförderung um rund 20 Proz., die Koks- und Stahl-erzeugung um rund 30 Proz., und die Koksenerzeugung sogar um 45 Proz. Die Zahl der Arbeiter stieg aber nur von 170 488 auf 183 074, um 7,1 Proz. also, die der Ange-stellten von 14 643 auf 15 336, gar nur um rund 5 Proz. Das heißt mit andern Worten: der Stahltrust hat nicht nur erhöhte Gewinne aus Umsatzerhöhung, sondern auch aus einer gewaltigen Senkung der Selbstkosten durch die Rationalisierung seiner Betriebe. Das gibt er sogar zu und erklärt weiter, daß auch sein Auftragsbestand am Schlusse des Berichtsjahres um 33 Proz. höher sei als zur gleichen Vorjahrszeit, und damit die gute Beschäftigung für die nächsten Monate gesichert. Aber: die erhöhten sozialen Lasten, die erhöhten Löhne und die verminderten Gewinne aus dem Export — der mit 0,44 Milliarden M. am Gesamt-umsatz beteiligt war — fräßen die aus der Umsatzerhöhung und Rationalisierung erzielten Mehrerlöse zum Hauptteil auf, wenn auch ein angemessener Betriebsgewinn übrig geblieben sei. . . .

Soweit bekräftigt der Bericht den Eindruck, den die bisher veröffentlichten Abschüsse der übrigen Schwer-industriellen Unternehmen gemacht haben: den einer überaus glänzenden Konjunktur für die gesamte Schwer-industrie mit zum Teil riesigen Gewinnen. Um so lächerlicher und auch um so provozierender wirkt dann die zum Schluß wie aus der Pistole geschossene Behauptung der Stahltruste: es müsse mit einer völligen Stagnation der deutschen Industrie gerechnet werden, wenn nicht eine sofortige Änderung der deutschen Wirtschafts- und Finanz-politik in dem Sinne erfolge, daß vor allem die Soziallasten der Wirtschaft wesentlich gemindert würden.

Der Ruhrmontantrust ist der Treiber bei dem Kampfe gegen Besitzsteuern und Sozialpolitik gewesen, der lauteste Rufer im Streite gegen die sozialen Notwendigkeiten berückichtigende Zolls- und Handelspolitik. Er hat seine Wünsche nahezu restlos durchsetzen können und sich so sehr an die direkte und indirekte Hilfe aus Steuererlassen gewöhnt, daß er Kapitalisten über Kapitalisten auf sein Unter-nehmen hamsterte, die jetzt alle nach Verzinsung schreien. Nun hat sich plötzlich herausgestellt, daß die riesigen Ge-winne nicht ausreichen, Kapital und Darlehen — von denen allein die Auslandsschulden mit einer runden halben Milliarde figurieren — zu verzinsen. Und mit dem Druck-mittel der verheerenden Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft einer etwa notwendig werdenden Umstellung und Sanierung im Stahltrust schreien seine Nachbar jetzt nach Staatshilfe — genau wie einst der Stinnes-Konzern, als er sich überlassen hatte und sesshaft. Man weiß das nicht, was man mehr bestaunen soll: die Unverfrorenheit der Leute vom Ruhrmontantrust, die heute wieder den Stinnes-Grundton von der Politik, die der Wirtschaft unter-tan sein müsse, proklamieren — oder aber die wirtschaftliche Unfähigkeit, mit der sie ihr Unternehmen auf das schwerste gefährdet haben. Genügte Brutalität allein zur Wirtschaftsführung, dann hätte ihnen doch wirklich nichts passieren können.

Schreit so der überkapitalisierte Teil der Schwerindustrie nach Staatshilfe, indem er seine eigene Lage mit der der Gesamtwirtschaft identifiziert, so derjenige Teil der Land-wirtschaft, zu dessen Gunsten die Schutzzoll- und Agrar-treibpolitik unter der Ara Stinnes und des Bürgerblods forciert wurde, das Großagrarierum, desgleichen. Der Reichslandbund greift mit seinem parlamentarischen Ein-

ger, dem deutschnationalen Abgeordneten Schlange-Schön-ningen, an die Rassen des Reiches, das 2 bis 2½ Milliarden Mark kurzfristige Darlehen und Wechselschulden der Groß-agrarier aus allgemeinen Steuermitteln in langfristige, niedrig verzinsbare Hypotheken umwandeln, mit andern Worten also: den durch eigene Schuld an den Rand des Bankrotts gebrachten großagrarischen Besitz sanieren soll. Es sei übrigens ganz dahingestellt, ob man überhaupt von einer Überwindung des Großgrundbesitzes reden darf, der seine Vorkriegsschulden durch die Inflation so gründlich los wurde wie die Industrie — das Institut für Kon-junkturforschung schätzt die Vorkriegsschuldung der ge-samten Landwirtschaft auf rund 20 Milliarden M., die Be-lastung am 30. Juni 1927 nur auf rund 10 Milliarden, wovon etwa 4,2 Milliarden kurzfristig — und dem außer-dem nahezu restlos die gewaltigen Preissteigerungen besonders für Getreide als Folge der Zollerhöhungen zu-gute gekommen sind. Doch das steht auf einem andern Blatte. Hier dreht es sich ganz einfach um die Frage, ob die allgemeinen Steuermittel dazu da sind, überschuldeten ober-jedenfalls von kurzfristigen und Wechselschulden hart be-drängten Großgrundbesitzern die Festhaltung ihrer Latifundien zu ermöglichen. Hätte doch das Reich nach den vorliegenden Berechnungen rund 200 Millionen M. jährlich für die Durchführung der vom Reichslandbund geforderten Subventionierung durch verbilligte Hypothekendarlehen zu-zulegen. Und das in einer Zeit, wo angeblich für die Beamten und Arbeiter keine genügenden Mittel vorhanden sind, wo dieselben Leute, die jetzt nach Milliarden-subventionen und „Abbau der öffentlichen Lasten“ schreien, worunter sie vor allem den Abbau der Sozial-politik verstehen, auf bisher noch verborgenen Wegen Hand in Hand mit dem Reparationsagenten den Generalfinanzminister auf das Ausgabenbudget des Reiches organisiert haben!

Es sind fürwahr herrliche Früchte, die die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bürgerblods gezeitigt hat. Nach innen zog sie einen wirtschaftlichen Schlenker nach hoch, der sich mit immer neuen Forderungen an die Reichsstaats- und die Steuerzahler befriedigte, bis das Loch in seiner Rech-nung offenbar wurde, nach außen erschwerte sie nutz- und grundlos die Stellung Deutschlands in der Welt, die nach-gerade den Einbruch erfuhr, als steuere es bewußt auf neue Zeiten wirtschaftlicher Depression hin. Daß mit diesem System endlich einmal Schluß gemacht werden muß, bedarf keiner weiteren Begründung mehr, nachdem sich die Folgen gleichzeitig in dem Schritte des Reparationsagenten, der verschleierten Bankrottsanpassung des Ruhrmontantrustes und der Milliardenforderung des Großagrarierums weithin Beachtung schufen. Das bisherige Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft, bei dem die letztere ausschließlich der nehmende Teil war, muß ganz gründlich revidiert werden.

Internationale soziale Bewegung

In der gegenwärtigen Phase eines relativen Gleichgewichts in der Arbeiterbewegung kommt der Sammlung der Kräfte, der Vorbereitung der kommenden Kämpfe und der Beratung über die Aufgaben eine besondere Bedeutung zu. Deshalb soll hier an erster Stelle über die Tätig-keit der mit der Arbeiterbewegung verbundenen Organi-sationen berichtet werden. Nach dem Pariser Kongreß, welcher die innerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes vorhandenen Gegensätze, aber auch den starken Willen zum Aufbau und Zusammenhalt bekräftigte, soll jetzt die Reorganisation vorgenommen werden. Einzuweisen sind die Schwierigkeiten noch nicht be-hoben. Der englische Generalkongreß hat wieder Purcell in den Vorstand des IGB vorgeschlagen, was von den übrigen Ländern nicht angenommen werden konnte. Zudem dürfte diese Frage angesichts des vorhandenen Willens zur Ver-ständigung nicht zu einem Konflikt führen. Auch über den Sitz des IGB wird erst in einem späteren Zeitpunkt Be-schluss gefaßt werden. In Norwegen wird der im Dezember zusammen tretende Gewerkschaftskongreß über den Anschluß an den IGB, voraussichtlich aufkommend beschließen. In letzter Zeit beschäftigte sich der IGB eindringlich mit dem italienischen Gewerkschaftsproblem und berief eine Kon-ferenz der besonders interessierten Landeszentralen und Berufssekretariate zusammen, auf der beschlossen wurde, die freie Gewerkschaftsbewegung Italiens, die auf dem Standpunkt des Klassenkampfes steht, finanziell zu unter-stützen, um ihr die Möglichkeit zu weiterer Tätigkeit zu geben. Als Vertretung der italienischen Gewerkschafts-bewegung kann zurzeit nur die vom IGB anerkannte italienische Gewerkschaftszentrale in Paris betrachtet werden.

Aus der Tätigkeit der Internationalen Berufs-sekretariate verdient der Beschluß der Ersten Internationalen, den internationalen Organisationen der Unternehmer eine gleichwertige gewerkschaftliche Organi-sation gegenüberzustellen und zu diesem Behufe in den französisch-lothringisch-belgischen Grenzbezirken die alten Gewerkschaften wieder aufzurichten, Erwähnung für die in der Rheinschiffahrt beschäftigten Arbeiter wurde eine internationale Organisation in der Form einer Interessengemeinschaft, die am 1. Januar 1928 ihre Tätigkeit auf-nehmen soll, geschaffen.

Auf der in Berlin abgehaltenen Verwaltungsrats-sitzung des Internationalen Arbeitsamtes haben die Unternehmervertreter bei der Festlegung der Tagesordnung der nächsten Konferenz planmäßig Schwie-rigkeiten bereitet; die vom IGB zur Behandlung vorge-

schlagene Punkte der Zwangsarbeit der farbigen Arbeiter und der Arbeitslosenversicherung wurden fallen gelassen, so daß im Jahre 1928 nur die Frage der Minimallohne in enbglühtiger Beschäftigung und der Unfallversicherung in erster Besprechung zur Behandlung gelangen werden.

Zahlreiche Kongresse der gewerkschaftlichen Landeszentralen verschiedener Länder haben in unserer Berichtsperiode stattgefunden: In den europäischen Ländern in der Schweiz, wo den größten Teil der Zeit die Behandlung des kommunalistischen Gewerkschaftsartikels in Basel, das vom Gewerkschaftsbund ausgeschlossen werden mußte, in Anspruch nahm. Die Gründung einer Gewerkschaftsbank wurde beschloffen. Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften blieben, da die letzteren bei den Arbeitsverhältnissen ihrer Angehörten nicht die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllen wollen, weiter ungeklärt. Der Kongress des spanischen Gewerkschaftsbundes, der größten Arbeiterorganisation Spaniens, der seit fünf Jahren zum ersten Male zusammentrat, hat die Teilnahme an der sogenannten Nationalversammlung, die der diktatorischen Gewaltherrschaft als Feigenblatt dienen soll, abgelehnt. Ein außerordentlicher Kongress des Gewerkschaftsbundes in Holland beschäftigte sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit und verlangte den Ausbau einer Arbeitslosenversicherung, und zwar merkwürdigerweise auf freiwilliger Grundlage und nur in Sonderfällen als Zwangsversicherung. Infolge der Gegensätze zwischen den Arbeiterparteien und den Gewerkschaften wurden Maßnahmen getroffen, um den Wirkungskreis der Organisationen abzugrenzen und durch Schaffung eines ständigen Rates das systematische Zusammenwirken der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu sichern. Große Beachtung verdienen auch vom Standpunkt der sozialen Bewegung die Tagungen der mit den Gewerkschaften eng verbundenen Organisationen der englischen und der österreichischen Arbeiterparteien, auf welchen neben der Behandlung politischer Probleme auch eine Anzahl sozialpolitischer Forderungen aufgestellt wurden. Der kürzlich abgehaltene Kongress des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (American Federation of Labor) hat dem Gesetzentwurf, der eine weitere starke Erschwerung der Einwanderung vorsieht, seine Zustimmung gegeben. Er wünscht auch die Abschaffung der Antitrustgesetzgebung mit der Begründung, daß diese sich nicht gegen die großen Trusts, sondern gegen die Arbeiter ausgewirkt habe. Es wurde betont, daß die relativ hohen Löhne der Vereinigten Staaten sich nur auf bestimmte Arbeiterkategorien beziehen, und die Einleitung einer neuen Lohnpolitik, welche die Arbeiter in größerem Umfange an den Früchten der erhöhten Erzeugnisse der Produktion teilnehmen lassen soll, gefordert. Auf dem Kongress des mexikanischen Gewerkschaftsbundes konnte die große Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung — es waren drei Millionen Arbeiter vertreten — festgestellt und über bedeutende Erfolge in bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Nachtarbeitsverbot für Frauen und Kinder berichtet werden.

Die faschistische Unterdrückung der Organisationsfreiheiten und der politischen Freiheiten überhaupt treibt weiter in einer großen Anzahl von Ländern ihr Unwesen. Selbst in Österreich, wo bisher die Bewegung der Arbeiter und Angestellten verhältnismäßig die größte Macht besaß, möchte die Regierung die Ergebnisse des 15. Juli zur Einschränkung der Organisationsfreiheit ausnützen: zunächst will der Bundeskanzler Seipel die Organisationsfreiheit der Beamten und öffentlichen Angestellten einschränken, ein Wunsch, der voraussichtlich nicht in Erfüllung gehen wird. Ganz verweigert ist die Lage in Litauen, wo der faschistische Terror ungehindert wüten kann. Kürzlich haben die türkischen Behörden in Konstantinopel fünf Hauptquartiere von Arbeiterorganisationen geschlossen. Die Verhandlungen im holländischen Parlament zeigten, daß die holländische Regierung nicht die geringsten Absichten hat, ihrer Gewaltherrschaft in den Kolonien ein Ende zu bereiten. Die Annahme des Gesetzes über die Arbeitsverhältnisse in Südbahosen, wo auch kleine Kinder zur Zwangsarbeit herangezogen werden, zeigt, daß die englische Regierung die Zwangsarbeit, statt sie abzubauen, im Interesse des Kolonialkapitals noch verschärfen will.

Die Arbeitskämpfe und Lohnbewegungen der letzten Zeit standen vorwiegend mit der Weltkohlenskrise und mit der Deflation in Zusammenhang, die beide auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden. Trotz erheblicher Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung im englischen Bergbau, dessen Reorganisation nach dem Streit völlig unterblieb, arbeiten einzelne Kohlenbezirke ohne Gewinne, weshalb sie die Bergarbeiterlöhne weiter herabsetzen möchten. In Spanien kam es im andalusischen Kohlenbergbau zu einem Streit von 17 000 Arbeitern, der aber mit einem Kompromiß rasch beendet wurde. Der große Streit im amerikanischen Braunkohlenbergbau endete mit dem Erfolg der Streikenden. Die streikenden Arbeiter von Illinois, 72 000 von 500 000, haben gestagt und konnten sich die früheren hohen Löhne (Grundlohn 7½ Dollar pro Tag) wieder sichern. Dieser Erfolg dürfte auch auf die anderen Streikgebiete übergreifen. Der Sieg der Bergarbeiter im großen Streit, der angefaßt der Konturrenz der Kohlengruben mit unorganisierten Arbeitern überlappend kam, ist auf die starke finanzielle Unterstützung der Streikenden durch die Gewerkschaften und den Mangel an Erfahrungskräften zurückzuführen. Die Deflationsskrise in Italien — Wertverhöhung der Lira — führte zu weiteren drakonischen Lohnherabsetzungen, die nach dem Beschluß des faschistischen Direktoriums mindestens 10 und höchstens 20 Proz. be-

tragen sollen. Auch in Dänemark möchten die Unternehmer der Deflationsskrise durch Lohnherabsetzungen Herr werden; sie haben die Tarifverträge für 20 000 Arbeiter zum 1. Januar bzw. 1. Februar gestilligt. Da in beiden Ländern eine entsprechende Senkung der Lebenshaltungskosten nicht erfolgte, bedeuten die Lohnherabsetzungen eine Verschlechterung der Lage der Arbeitnehmer. Die Eisenbahner aller Richtungen in der Tschechoslowakei mit mehr als 150 000 Mitgliedern standen wegen ihrer Forderungen betreffend die Löhne und Arbeitsbedingungen und die Betriebsordnung in einem schweren Konflikt mit der Regierung und man wollte zur passiven Resistenz schreiten. Durch das Nachgeben des Eisenbahnministers wurde dann ein Kompromiß erreicht.

Die Lage des Arbeitsmarktes verbesserte sich in der abgelaufenen Zeit außer in Deutschland in der Tschechoslowakei, Polen, Österreich und Schweden. Sie hat sich weiter verschlechtert in Italien, Norwegen, England und den Vereinigten Staaten. In England beträgt die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig 1 100 000, wovon fast eine Viertelmillion Kohlenbergarbeiter sind. Verhältnismäßig sehr hoch ist die Arbeitslosigkeit in Norwegen und Dänemark und trotz erheblichen Rückganges noch in Österreich. In Rußland waren Anfang September 1 127 000 eingetragene Arbeitslose. In Italien betrug die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen Ende Juli 265 091. In den Vereinigten Staaten wurde auf der Gewerkschaftstagung die Zahl der Arbeitslosen mit einer Million, die der Kurzarbeiter mit 3½ Millionen angegeben.

Auf sozialpolitischem Gebiet wurden erfreuliche Fortschritte gemacht in Finnland unter einer sozialdemokratischen Regierung, welche sich vor allem den Ausbau der Sozialversicherung mit Heranziehung großer staatlicher Mittel zur Aufgabe machte. Dagegen wurde in England wie in der Tschechoslowakei der Versuch gemacht, die bestehende Sozialversicherung in vieler Hinsicht zu verschlechtern. In der Tschechoslowakei soll die Selbstverwaltung stark eingeschränkt, ja beinahe aufgehoben werden. In Kanada wird ein Gesetz zur Einführung einer Unfallversicherung vorbereitet.

Korrespondenzen

Wienburg. In unserer letzten Ortsvereinsversammlung konnten wir wieder einen Subilar ehren. Neben Neuaufnahmen, Entgegennahme geschäftlicher Mitteilungen, Abrechnung über das Quartal usw. referierte Vorstehender H. Reichardt über das am 1. Juli in Kraft getretene Arbeitsgerichtsgezet und machte die Anwesenenden mit den wichtigsten Paragraphen bekannt. — Unsere Bezirksversammlung am 6. November konnte wieder einen Subilar beglückwünschen und wies die üblichen geschäftlichen Tagesordnungspunkte auf. Mit großem Interesse wurde ein Vortrag über das neue Arbeitslosenversicherungsgezet, vom Arbeitsnachweiserwalter Schneider gehalten, entgegengenommen. In der Aussprache wurde empfohlen, bei künftigen Wahlen dafür zu sorgen, daß die Zusammensetzung der Parlamente so ausfällt, daß Verbesserungen der Sozialgesetze möglich sind. Bezirksliche und örtliche Angelegenheiten bildeten den Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Dresden. In unserer Versammlung am 2. November hielt Reichstagsabgeordneter Hermann Krähge einen Vortrag über „Das Wesen der Wirtschaftskontunktur“. Er führte aus, daß die Konjunkturen im Wirtschaftsleben nichts Zufälliges seien und daß man sich bemühen müsse, deren Ursachen zu erforschen. Denn die Opfer der verpfluchten Konjunkturen seien immer die Arbeiter in erster Linie, in zweiter Linie der Staat. Bei der letzten großen Arbeitslosigkeit, um etwa 2 Millionen Arbeitslose vorhanden waren, ist ein Lohnausfall von 7 bis 8 Milliarden Mark zu verzeichnen gewesen, der Staat hat das mit einem Steuerverlust von 1½ bis 2 Milliarden Mark ebenfalls zu büßen. Es besteht nun seit einem Jahre eine Wirtschaftskontrollstelle in Berlin, die sich mit den Vorgängen im Wirtschaftsleben befaßt, da ja die Wirtschaft die Existenzgrundlage des Staates bildet. Die Kapitalknappheit, die kurzfristigen Auslandscredite und die Gefahren für unser Wirtschaftsleben erläuterte der Referent besonders. Es tut not, daß sich auch die Arbeiter um diese wichtigen Fragen mehr kümmern als bisher. Das Einkommen der Arbeiterschaft wird vom Staate durch die Schlichtungsausschüsse geregelt und stark nach unten beeinflusst, während die Profitrate der Unternehmer keinerlei Beschränkungen unterworfen ist. Freilich sind das Wirkungen der jetzigen Regierungszusammensetzung. Die heutige Regierung wird natürlich stets Schiedsprüche im Sinne der Kapitalisten tätigen. An die Ausführungen schloß sich eine kurze Debatte an. Der Referent ging im Schlußwort auf Ausführungen der Debattierenden näher ein und schloß die Schuld, daß so wenig erreicht werden konnte, auf die Uneinigkeit der Arbeiter. Man hätte auf den Trümmerhaufen von 1918 eben versuchen müssen, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, weil sonst die Arbeiter den größten Schaden gehabt hätten. Das sei gelungen. Und heute sehen wir im Hinblick auf Sowjetrußland, daß wir richtig gehandelt haben. Rußland habe zwar beim Ausbruch der Revolution die Kapitalisten verjagt, mußte sie aber wieder holen, weil die dortige Bevölkerung sonst zugrunde gegangen wäre. Man verschweige immer das große Geld, das in Rußland herrschte, und das eine Folge der Fehler der Machthaber in Rußland sei. Rußland werde noch einmal da anfangen müssen, womit in Deutschland im Jahre 1918 begonnen worden sei. Leider Befall wurde dem Referenten sei seine Ausführungen zuteil. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurden noch einige interne Sachen geregelt. Vor allem wurde verlangt, daß sich unsere Kollegen bei der Wohnzahlung nicht mit Wählgeschätzungen begnügen, sondern sofort dem Gauvorstand Mitteilung

machen sollten. Bei größeren Restsummen, die dadurch entstehen, werde in Zukunft solchen Kollegen kein Restschuß mehr gewährt werden.

Dresden. (Stereotypen und Galvano-pastik.) In unserer Versammlung am 22. Oktober wurden nach Erledigung der Vereinsgeschäfte verschiedene technische Fragen eingehend behandelt und besprochen. Da die Stereotypen in den einzelnen Offizinen des öfteren Schwierigkeiten durch die verschiedenen Stärken der Ristsees haben, wurde eine rege Aussprache über die Normisierung in graphischen Gewerbe, insbesondere unserer Sparte, gepflegt. Durch diese Aussprache kam der Wunsch zum Ausdruck, daß der Normenausschuß, dessen Arbeit durch die verschiedenen Ereignisse der letzten Jahre, Krieg und Nachkriegsereignisse, unterbrochen ist, seine Arbeit so bald als möglich wieder aufnehmen möge, um die bestehenden Mißstände in dieser Hinsicht zu beheben. Ein diesbezüglicher Antrag wurde bereits im vorigen Jahre an unsere Zentralkommission zur Weiterleitung eingereicht.

Halberstadt. Am 30. Oktober fand unsere Herbstbezirksversammlung in Osterwieck statt. Kollege Bahm leitete die gutbesuchte Versammlung, der ein Vertreter des Gauvorstandes, Kollege Glähler (Halle), bewohnte. Nach der Ergänzungswahl des Vorstandes hielt Herr Bürgermeister Leeis (Mehrsleben) ein ausgezeichnetes Referat über „Das neue Arbeitslosenversicherungsgezet“. Der zeitgemäße Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Eine längere Aussprache ergaben die Berichte der einzelnen Ortsvereinsvorstände, vor allem der von Osterwieck, wo lebhaftige Klagen über die Art des in einer Druckerei angewandten Kontrollsystems geführt wurden. Unter „Verschiedenem“ wurde eingehend auf den neuen Lohnverhältnissen Stellung genommen, was seinen Ausdruck in nachfolgender, einstimmig angenommener Entscheidung fand: „Die Mitglieder des Bezirke Halberstadt erwarten von ihrem Hauptvorstand, daß er alle Mittel und Wege anwendet, mit den Arbeitgeberern des Buchdruckergewerbes in Verhandlungen zu treten, um eine den vollständigsten veränderten Verhältnissen entsprechende Lohnserhöhung herbeizuführen. Diese Forderung ist schon begründet durch die Erhöhung der Lebenshaltungsindezziffer, die bei der letzten Lohnfestsetzung 144,6 betrug und gegenwärtig auf 150,2 Proz. gestiegen ist. Wenn behauptet werden kann, daß die wirklichen Ausgaben bedeutend höhere sind, so darf wohl erwartet werden, daß die Organisationen des graphischen Gewerbes und insbesondere der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker dieser Forderung gerecht wird.“ In seinem Schlußwort mahnte Kollege Bahm die Kollegen zu erhöhter Aktivität auf allen Gebieten, die unsere Interessen berühren. Eingeleitet und geschlossen wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung durch Wiederholungen der Halberstädter „Typographia“. — Der Nachmittag vereinigte die Kollegen nochmals zu einigen Stunden gemühtlichen Beisammenseins.

Leipzig. In unserer Gaumitgliederversammlung am 25. Oktober wies Kollege Stilz im Vereinsbericht auf einen Wechsel im Gauvorstand hin und gab den Ausschluß eines Kollegen bekannt, der einer gewerkschaftsfeindlichen Organisation angehört. Die Kollegen wurden dann darauf aufmerksam gemacht, die Ableisierung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Firmen zu beobachten, da in der letzten Zeit verschiedene Kollegen durch die Nichtablieferung empfindlich geschädigt worden sind. Bekanntgegeben wurde außerdem, daß die Firma Schletter & Giesecke, die sich weigerte, den am 31. März 1927 abgeschlossenen Schriftgießertarif anzuerkennen, durch das Arbeitsgericht nach mehreren Sitzungen dazu verurteilt worden ist. Eine Aussprache wurde nicht gewünscht. Nachdem wurde der Film „Die Weber“ durch das Leipziger Arbeiterbildungsinstitut vorgeführt.

Leipzig. (Korrektoren.) In der Oktoberversammlung nahmen wir weitere acht Mitglieder auf. Bei den zahlreichsten Aufnahmen der letzten Monate handelte es sich ausschließlich um neue Korrektoren. Wenn auch der Zuwachs hauptsächlich auf den äußerst flotten Geschäftsgang zurückzuführen ist, so bildet er doch zugleich den Beweis für die bisherige übermäßige Belastung der Korrektoren und Revisoren in den einzelnen Betrieben. Den Kernpunkt der „Bereinsmitteilungen“ bildete die Berechnung. Nach heftigem Für und Wider wurde das in einer hiesigen Grobdruckerei seit mehr als 20 Jahren bestehende Berechnen der Korrektoren als mit dem Tarif und dem Beruf unvereinbar verworfen. Angesichts der Tatsache, daß ein Kollege kurz vor dem auf die Strafe gesetzt wurde, weil er in der Hausortrektur einen Buchstabenfehler übersehen hatte, ist es an der Zeit, einmal grundsätzlich auf Stellung zu nehmen, ob der Korrektor „Druckerei“ oder „Hausortrektur“ zu lesen hat. Das Arbeitsgericht entschied in diesem Falle mit Recht gegen die Firma. Die Korrektoren und Revisoren haben alle Ursache, sich dagegen entschieden zu verwehren, daß auf ihrem Rücken die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Betreibern und der Druckerei ausgetragen werden. Ein Vortrag des Kollegen Schmiedel über „Die Arbeit des Revisors“ gab alte und neue Ratssätze für die zweckentworfende Ausübung dieses vielseitigen und verantwortungsvollen Zweiges unseres Berufs. Die rege Aussprache leitete über zur Erörterung unterschiedlich beurteilter Fraagen. Der Besuch der Versammlung war gut. Möge die Anteilnahme am Vereinsleben fernerhin die gleiche bleiben.

Bippstadt. In Anbetracht der reichhaltigen und interessanten Tagesordnung war der Besuch unserer Versammlung am 20. Oktober ein sehr reger. Vorstehender Lumme entbot allen Erscheinenden seinen herzlichsten Willkommen und gab der Hoffnung Ausdruck, stets auch weiterhin ein so reges Interesse und gute empirische Zusammenarbeit zu zeigen. Ein guter Gemeinschaftsinn, verbunden mit gewerkschaftlichem Idealismus können nur die nach der Vollendung harrenden brennenden sozialen Probleme meistern, und so dem wertvollsten Wolfe zum Nutzen dienen. Nach Bekanntgabe des Vierteljahrsschlusberichts, der, wie immer, in tadelloser Ordnung vorgefunden wurde, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Sodann wurde zur Neuwahl des Schriftführers geschritten. Dem

insolge Stellungswechsels scheidenden bisherigen Schriftführer, Kollege Horn, wurde für seine geleistete Organisationsstätigkeit herzlichster Dank zuteil. Scharf wurde die „Beizerswiesertrift“ hinter Maschine und Kasten verurteilt. Wirklich praktisch durchführbare, auf realer Grundlage ruhende Vorschläge und ein Bestreben in der Versammlung werden stets vermisst. Der reichhaltige Punkt „Verschiedenes“ gab sehr viel Anlaß zum Nachdenken. — Nach dem Abschluß der Versammlung kam die Jubiläumstafel zu ihrem Recht. Gesang, Tanz und Humor weitestgehend in bunter Reihenfolge miteinander. Nach der inzwischen herangebrochenen Mitternachtsstunde trennten sich die Kollegen mit dem Wunsch voneinander, recht bald einen weiteren Unterhaltungsabend zu veranstalten.

Mannheim. (Stereotypen- und Galvano-plastiker.) Die am 23. Oktober in Wiesbaden abgehaltene Generalversammlung unserer Gauvereinsung war sehr gut besucht. Vertreten waren Mannheim, Ludwigshafen, Karlsruhe, Freiburg i. B., Kaiserslautern, Landau (Pfalz), Neustadt a. d. S., Mainz und Wiesbaden. Zur Begrüßung war der neugegründete Kollegengangsverein „Gutenberg“ erschienen und erstreckte die Anwesenden mit einem stimmungsvooll vorgetragenen Chor, wofür ihm an dieser Stelle bestens gedankt wird. Kollege G i l l m a n n eröffnete hierauf die Versammlung und begrüßte die anwesenden Kollegen, u. a. den Gauvorsitzer Conrad (Mannheim), den Vertreter des Bildungsverbandes Mannheim, den Bezirksvorsitzenden von Wiesbaden, den Vertreter des Bildungsverbandes Wiesbaden sowie den Vorsitzenden des Maschinenmeistervereins Wiesbaden. Genannte Kollegen übermittelten uns die besten Grüße ihrer Vereine und wünschten der Versammlung besten Verlauf. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Gauvorsitzers Lindenlaub, Unter „Geschäftlichem“ gab der Vorsitzende bekannt, daß die Zahl derjenigen immer noch groß sei, die nicht wissen, daß sie in ihre Sparte gehören. Die Mitgliedszahl stieg im vergangenen Jahr von 66 auf 77. Mit dieser Zahl glaubt der Vorstand nicht mehr rechnen zu können, es sei denn, daß die große Zahl von Restanten baldigt ihre Beiträge bezahlt. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht wies einen Bestand von rund 110 M. auf und wurde gutgeheißen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Einem Antrag von Karlsruhe, die Generalversammlung künftig spätestens Mitte September abzuhalten, wurde zugestimmt. Ihren Höhepunkt erreichte die Versammlung durch ein Referat des Kollegen C o n r a d i über das Thema: „Aus der Praxis des Arbeitsrechtes.“ Er verstand es, die Anwesenden zu fesseln, und die meisten Kollegen haben aus den Ausführungen gelernt. Sodann referierte Kollege C o n r a d i noch über die Sonderbestimmungen unserer Sparte. Alles in allem genommen hat Redner sehr zum Gelingen unserer Generalversammlung beigetragen, wofür ihm an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen sei. Unter „Technischem“ machte der Vorsitzende bekannt, daß in Hamburg ein neues Verzeichnis angefertigt wird, wonach Stereotyp überflüssig sei, wofür wir aber, nicht größerer Kasse entgegenstehen. Als nächster Tagungsort wurde Mannheim bestimmt. — Nach dem Mittagessen beschäftigten wir die ansehenswürdigste reiche Stadt. Den Rest des leider so kurzen Tages verbrachte man in recht buchdruckerischer Weise bei einem gemächlichen Abschiedsschoppen.

Mühlhausen i. Thür. Unsere Versammlung am 26. Oktober beschäftigte sich mit der letzten Lohnerböhung und den wirtschaftlichen Verhältnissen und nahm nach reger Aussprache folgende Resolution einstimmig an: „Die vollzählige besuchte Versammlung des Drucksereins Mühlhausen i. Thür. kam in der am 1. Oktober eingetretenen Erhöhung des Lohnes um 22 Pf. pro Woche keinen Ausgleich für die in letzter Zeit eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung, auf allen Gebieten erblicken. Mit diesem Betrage sind kaum die Erhöhungen der Beiträge für die Sozialversicherung abgegolten. Deshalb fordert die hiesige Mitgliedschaft den Verbandsvorstand auf, Schritte in die Wege zu setzen, um das bis zum 31. März 1928 laufende Lohnabkommen baldmöglichst den heutigen Verhältnissen anzupassen.“

Bl. München. (Vierteljahrsbericht.) Mit wichtigen Problemen befaßten sich die Versammlungen am 26. August, 23. September und 28. Oktober. In der ersten hieß der Gewerkschaftssekretär Z i b i l einen interessanten Vortrag über „Das Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgezet“, in dem er die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes skizzierte und die Kollegen aufforderte, von allen darin enthaltenen Rechten Gebrauch zu machen und dafür zu sorgen, daß die ausführenden Stellen mit tüchtigen Vertretern besetzt werden. — In der zweiten Versammlung, die im Zeichen der Werbewoche für die Arbeiterjugendbewegung stand, sprach Kollege S ö l d n e r über „Das Kulturwert der Arbeitervereine“. Er führte einleitend aus, daß die Arbeiterjugendbewegung schon 1848 in den Buchdruckerkreisen Fuß gefaßt habe, und schilderte dann die Wirkung des Gesanges auf Geist und Gemüt, dabei besonders hervorhebend, wie die Kollegengangsvereine oft durch ein Lied für kollegialen Zusammenhalt in schwierigen Zeiten gefolgt haben. Dieses Versammlung wurde mit dem Kartagendinner, vorgelesen vom Buchdruckervereinsverein, eingeleitet; an das Referat schloß sich der Vortrag des Chors „Erwachen der Geister“ an. — Die dritte Versammlung am 28. Oktober hörte einen lehrreichen Vortrag über „Weltwirtschaft und Petroleum“ von Otto G r a f. Aus dem Vortrag war zu entnehmen, wie die einzelnen Ste, die auf das Petroleum zurückgehen, revolutionierend in der Weltwirtschaft gewirkt haben und wie große politische Verwicklungen zwischen den einzelnen Staaten, in denen Petroleum geböhrt werden kann, entstanden sind, alle zu dem Zweck, sich die Vorherrschaft im Besitz dieses Stoffes zu sichern. Der Referent erwähnte die Kollegen, nicht nur die Zeitungen im allgemeinen Teil zu studieren, sondern auch mit Interesse die Handelsnotizen zu verfolgen, aus denen immer zu erfahren ist, auf welchen Wegen der internationale Kapitalismus wandert. Außer diesen Vorträgen wurde über die Verhandlungen des Ganztages berichtet, auf die Gefahren des Reichsdiskontgesetzwurfs aufmerksam gemacht und für eine baldige tarifliche

Zwischenreglung der Lohnfrage insolge der überall einsetzenden Verteuerung der Lebenshaltung ein Antrag an den Verbandsvorstand beschloßen. Eine ganze Reihe örtlicher Angelegenheiten fand Erledigung, und am Anfange der Versammlung wurde in der üblichen Weise einer Reihe vorbereiteter Kollegen gedacht. Der Tod hat in den paar Monaten hier reichliche Ernte gehalten.

München. (Handseher.) In unserer Versammlung am 12. Oktober berichtete Kollege K u m p o l über die Wanderversammlung in Aunsbach und machte ferner Mitteilung über die Gründung von Handsehervereinigungen in Halle a. d. S. und Jagen i. W. Zurzeit bestehen im Reiche 39 Vereinigungen. Über die Bezirksversammlung in Weichheim berichtete Kollege S a u e r. Ihr Resultat war die Gründung einer Bezirksvereinigung Diefen. Kollege F i l s e r erstattete den Kassenbericht, der mit einem Saldo von 1086,53 M. in der Gauvereinskasse und einem solchen von 669,60 M. in der Ortskasse abschließt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Prestia“ in Köln, gab ebenfalls Kollege F i l s e r einen geschäftlichen Überblick über die Entstehung der Ausstellung und forderte die Kollegen auf, sich recht zahlreich an derselben zu beteiligen. Die Vorarbeiten zum Besuch dieser Ausstellung sind bereits im Gange, und demnächst wird sich eine Kommission mit dieser Angelegenheit befassen, um die Beteiligung möglichst billig und vorteilhaft zu gestalten. Was unser Winterprogramm anbetrifft, so wurde beschloßen, in den Wintermonaten sich mit der Erläuterung der Anlage 4 in Vorträgen zu beschäftigen. In der Diskussion wurden noch verschiedene Anregungen in bezug auf Erhöhung der Leistungszulagen, der Überführung des Handsehers zum Korrektor usw. gemacht.

Vor jedem Konditionswechsel hind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gauvorsitzer einzuziehen!

Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!

(Siehe Druckortverzeichnis in den Verbands-satzungen auf den Seiten 47 bis 64).

Münzberg. (Handseher.) Bei Eröffnung unserer gutbesuchten Versammlung am 31. Oktober, an der Kollegen von Aunsbach, Erlangen und Jülich teilnahmen, gedachte Vorsitzender S a u e r in bewegten Worten ehrend eines verstorbenen Gründungsmitgliedes. Die Versammlung ehrte dessen Andenken in üblicher Weise. Hierauf referierte Kollege W o l f r a m (Leipzig) über das Thema „Leistung und Lohn“. Er entlegte sich seiner Aufgabe in großzügiger Weise. Reicher Beifall lohnte den Referenten, denn der Vorsitzende noch dem Dank der Versammlung aussprach. Vorsitzender S a u e r berichtete noch von der Besichtigung der Erlanger, Frauenklinik, am vorhergegangenen Sonntag.

Schweidnitz. Unsere Versammlung am 5. November, die sehr gut besucht war, befaßte sich nach Erledigung rein örtlicher Angelegenheiten auch mit den seit dem letzten Lohnschluß gänzlich veränderten Verhältnissen in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Versammlung stand unter der einmütigen Ansicht, daß der Arbeitslohn der allgemeinen Erhöhung der Lebenshaltungskosten angegliedert werden muß. Einig war sich die Versammlung darüber, daß dies nur durch die Organisation durchgeführt werden kann und muß. Es gelangte folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme: „Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich durch die heilige Leuerungswele einschneidend verändert haben, erwarten wir vom Verbandsvorstand, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln auf eine Erhöhung des Arbeitslohnes hinwirkt.“

Stenbal. Am 30. Oktober fand hier im neuen Gewerkschaftshause unsere Herbstbezirksversammlung statt. Sie wurde durch den Vorsitzenden J u g e l t mit einer Begrüßung der sehr zahlreich erschienenen Kollegen eröffnet. Bei den Berichten aus den Bezirksorten wurde festgestellt, daß im allgemeinen alles in Ordnung ist. Hierauf erstattete Gauvorsitzer K ö n i g ein Referat über „Die neue Arbeitslosenversicherung und das Arbeitsnachweisgezet“. Er entlegte sich seines Auftrages in gründlicher und klarer Weise. Die Ausführungen hinterließen einen nachhaltigen Eindruck, und die Versammlung dankte dem Referenten durch Erheben von den Plätzen. Eine Debatte wurde bei der Neuheit der Materie nicht gewünscht. Beim Punkt „Verschiedenes“ kam allerseits zum Ausdruck, daß die Zulage vom 1. Oktober durch die Erhöhung der Krankentafeln- und Erwerbslosenversicherungsbeiträge bereits überholt sei, und die Steigerung der Mieten und der von Woche zu Woche sich erhöhenden Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel eine baldige Anpassung unserer Löhne unbedingt erfordert. Kollege K ö n i g gab bekannt, daß bereits Vorbesprechungen mit der Prinzipalkität im Gange seien, und der Verbandsvorstand seine ganze Kraft einsetzen werde, um einen Ausgleich baldigt zu schaffen. Dann wurde noch darüber Klage geführt, daß der Arbeitsnachweis in Magdeburg die Arbeitslosen in der Provinz zu wenig berücksichtige. — Nach Schluß der Versammlung fand noch ein gemütliches Beisammensein bis zur Absahrt der Züge statt. — Im Anschluß an die Versammlung hielten die Maschinenseher des Bezirks eine Besprechung ab, zu der die Kollegen Winter und Fehring von der Maschinensehervereinigung aus Magdeburg erschienen waren. Leider war von Salzwebel nur ein Maschinenseher anwesend, während die andern Orte garstreich vertreten waren.

Straubing. (Drucker.) Am 23. Oktober fand hier eine Bezirksversammlung statt. In großer Zahl waren die Kollegen aus Regensburg, Straubing, Deggendorf, Wilschhofen und Landau dazu erschienen. Vormittags 10 Uhr fand im Lehrsaal der Landwirtschaftlichen Winterschule ein Film- und Lichtbildervortrag der Bogtländischen Ma-

schinenfabrik in Plauen statt. Bezirksvorsitzender S e i d (Regensburg) begrüßte alle Erschienenen, besonders den Referenten, Herrn Oberingenieur W e r n e r. Der lehrreiche Vortrag gewährte einen Einblick in die Entstehung der Fabrikanlagen und den großen Aufstieg in maschinentechnischer Hinsicht. Alle neuen Erzeugnisse auf dem Gebiete der Rotation, des Offset- und des Tiefdrucks sowie der Hilfsmaschinen der Schnellstereotypie gaben Zeugnis, daß die Bogtländische Maschinenfabrik mit der Neuzeit Schritt hält und wohl als Spezialfirma auf diesem Gebiete gelten kann. Der Firma auch an dieser Stelle besten Dank für ihr Entgegenkommen. Nachmittags 2 Uhr wurde der Neubau der Buch- und Kunstbruderei C l. Aitenhofer besichtigt. Der stattliche Bau von 70 Meter Länge machte auf die Besucher den besten Eindruck, insbesondere seine Inneneinrichtungen. Vollbefriedigt verließen die Teilnehmer an der Besichtigung diese buchdruckerliche Arbeitsstätte. Anschließend fand im „Gasthof Seethaler“ unsere Bezirksversammlung statt. Vorsitzender S e i d gab bei der Begrüßung seiner Freunde Ausdruck über den starken Besuch. Die alte Tradition, die Kollegen der nächstliegenden Druckorte einmal im Jahre zusammenzuführen, soll wieder durchgeführt werden. Die Vereinstasche wies einen guten Bestand auf. Einen Hauptpunkt bildete das Referat unres Kreisvorsitzenden R ö s z l e (München), der das Thema „Die Zeitung im Wandel der Zeiten“ behandelte. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Mühe. Das Technishe fand unter vielen Anfragen entsprechende Behandlung. In seinem Schlußworte wies Kollege S e i d auf die Wichtigkeit des Zusammenstehens bzw. auf den Anschluß aller Druckerkollegen, besonders der kleineren Drucker, an ihre Sparte hin. — Die kurze Zeit bis zur Abfahrt wurde der Gelligkeit gewidmet. In reichem Maße trug Kollege P o h e r dazu bei, durch heitere Vorträge dem Abend einen humorvollen Abschluß zu geben. Auf Wiedersehen bei der nächstjährigen Bezirksdruckerversammlung!

Stuttgart. (Maschinenseher.) Unsere Versammlung am 22. Oktober war erfreulicherweise recht gut besucht. Der Punkt „Mitteilungen“ fand glatte Erledigung. Das Ableben eines verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Sodann folgte ein Vortrag des Herrn Z i n e r über das Thema: „Von Kunst, Künstlern und künstlerischen Dingen“. In feiseltender Weise brachte der Vortragende viel Wissenswertes zu Gehör. Vorsitzender S c h r ö t e r sprach ihm dafür Dank aus. Das Hauptinteresse der Anwesenden nahm wohl der dritte Tagesordnungspunkt: „Die Interimie in der Praxis“, in Anspruch. Kollege S c h n e i d e r berührte in seinen Ausführungen so ziemlich alle Neuerungen bzw. Abweichungen. Am folgenden Sonntag, dem 29. Oktober, war dann Besichtigung der Interimie, zu der die Mitglieder sehr zahlreich (auch aus der Provinz) erschienen waren. Allgemein kam zum Ausdruck, daß die Interimie-Gesellschaft viele eigne und gute Gedanken in die Praxis umgesetzt habe, und vielfach hörte man den Wunsch äußern, daß die Merzfelder Sechsmaschinenfabrik auch ihrerseits die ihr schon vor Jahren aus Kreisen der Maschinenseher mitgeteilten und angeregten Verbesserungen berücksichtigen möge. Herr Köbner, der in bereitwilligster Weise seine Zulage zur Besichtigung gab, wurde Dank ausgesprochen, desgleichen dem Vertreter der Interimie-Gesellschaft.

Zwidau. (Drucker.) Zu unserer Versammlung am 22. Oktober hatte die Firma C. Schwarz (Weizig) in entgegenkommender Weise den Beifall über die Herstellung der Albert-Fischer-Galvano kostenlos zur Verfügung gestellt. In vorzüglichen, jedem Laien verständlichen Aufnahmen wurde den Anwesenden der Werdegang des Galvano vom Anfang bis zum Versand gezeigt. Aufmerksamkeit folgten die Teilnehmer diesem Filmvortrag und sprachen ihre Anerkennung aus. Wir können allen interessierten Kreisen diesen Filmvortrag aufs wärmste empfehlen. Der Firma C. Schwarz sprechen wir nochmals unsern besten Dank aus.

Allgemeine Rundschau

Lehrlingsordnungen. Von sämtlichen bereits in Kraft befindlichen Lehrlingsordnungen (mit Ausnahme der bairischen und sächsischen) erbittet der Verbandsvorstand je zwei Stück für wichtige Zwecke. Von jeder neu zur Einführung kommenden Lehrlingsordnung werden immer mindestens drei Stück für das Verbandsbureau erbeten.

Maschinensetzer Beispiel. Der Aufsichtsrat der Firma G e b r ü d e r S o f e r A. - S. in Saarbrücken (Beratung der „Saarbrücker Zeitung“) beschloß, aus Anlaß der beendeten Neu- und Umbauarbeiten im Betrieb an jeden Betriebsangehörigen einen vollen Wochenlohn sowie an die Arbeitsveteranen der Firma und an die Witwen der im Kriege Gefallenen eine Vergütung von 500 Franken zur Auszahlung zu bringen.

Ein Hochhaus der Bücher. In Frankfurt a. M. bereiten sich im Bibliothekswesen bemerkenswerte Dinge vor. Vorkurzem fand eine Magistratsvorlage die Willigung der Stadtverordneten, nach der die Verfabrikung der Freireichlich v. Rothschild'schen Bibliothek vorgezogen wird. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Vereinheitlichung des Frankfurter Bibliothekswesens getan. Der Wert der Rothschild'schen Büchersammlung, die 93 000 Bände umfaßt, wird auf 70 000 M. geschätzt; ferner fallen der Stadt damit Liegenchaften zu, deren Friedenswert 900 000 M. beträgt. Um die bisher getrennt untergebrachten städtischen Bibliotheken Frankfurts zu vereinen, soll dort, Zeitungsanmeldungen zufolge, ein „Hochhaus der Bücher“ mit 20 Stockwerken entstehen, worin man zwei Millionen Bücher unterzubringen gedenkt.

24. Zentner falschgeldentdeckt. Den Behörden ist es in voriger Woche gelungen, in Frankfurt a. M. nicht weniger als 24 Zentner russischer Fälschungen zu entdecken, die von einer kleinen Druderei im Auftrage eines rechtsradikalen Georgiers hergestellt worden waren. Bei den Fälschungen, die angeblich politischen Zwecken dienen sollten, nämlich zur Erschütterung der russischen Währung und zur Hervorbringung von Unruhen, handelte es sich um die von der

Sowjetregierung herausgegebenen Stülde von 1, 2, 5 und 10 Tschernone, die sich im ganzen auf viele Millionen belaufen. Die Festnahme der Frankfurter Tschernone-Fälscherbande ist auf die Tätigkeit des Falschgeldbezugs der Berliner Kriminalpolizei zurückzuführen. Bereits im August dieses Jahres sind falsche Tschernone-Noten in Berlin aufgefunden, und da dies Geld an deutschen Banken nicht eingewechselt, sondern nur für die russische Staatsbank übernommen wird, ergaben sich Schwierigkeiten bei der Bewertung. Als die Noten, die man den Fälschern bei einigen Privatbanken abgenommen hatte, zur Falschgeldabteilung als Falschfälsche erlanten. Es steht fest, daß die beachtliche Ausgabe von russischem Falschgeld von rechtsradikaler russischer Seite mit deutschen Falschgeldern befohlen und durchgeführt worden ist. Zahlreiche Verhaftungen sind bereits erfolgt.

Referat des Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 9. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts zeigt eine Steigerung von 0,5 Proz. auf 140, gegen 139,3 Proz. in der Vormonats. Von den Hauptgruppen haben die Inbezugswaren für Agrarprodukte nun 1,2 Proz., für Kolonialwaren und für industrielle Rohstoffe und Halbwaren um 0,3 Proz. zugenommen. Von den industriellen Rohstoffen und Halbwaren sind insbesondere Textilien, ferner Häute und Leder, gestiegen. Unter den Agrarprodukten waren es namentlich Vieh und die Vieherzeugnisse, die Steigerungen zu verzeichnen hatten. Mit 140 Proz. hat der Großhandelsindex einen Rekordstand erreicht. Die höchste bisher zu verzeichnende Ziffer betrug 139,9 Proz. Dementsprechend werden steigende Kleinhandelspreise nicht lange auf sich warten lassen.

Ein vernünftiger Unternehmer. Anfänglich der sich über das ganze Reich erstreckenden, von den Spindeln des Unternehmerverbandes erzwungenen brutalen Aussperrung von 80 000 Zigarrenarbeitern und -arbeiterinnen richtete der Inhaber einer sehr angesehenen alten Zigarrenfabrik in Mannheim an die dortige „Volksstimme“ ein Schreiben, dessen Inhalt es verdient, allgemeiner bekannt zu werden. Das Schreiben lautet: „Für warmes Eintreten für die Tabakarbeiter ist Ihre Pflicht; Sie haben aber auch mit Ihren Ausführungen recht, und ich stehe selbst als Unternehmer nicht an, zu sagen, daß es eine gerade verbrecherische Taktik einer Organisation ist, zum Mittel der Generalaussperrung zu greifen, wenn irgendwo örtliche Lohnunterschiede ausgebrochen sind. Wo, zum Teufel, sollte es hinzutreten, wenn zu solchen Maßnahmen jede Inbetriebengruppe greifen würde? Ich kann mir nichts Unverantwortlicheres denken. Die Aussperrung wäre von unsrer Seite in Süddeutschland noch nicht zur Hälfte durchgeführt worden, wenn nicht in den Statuten des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller ein Passus enthalten wäre, der hohe Konventionalstrafen denjenigen Mitgliedern auferlegt, die sich nicht dem Willen der Berliner Verbandsleitung fügen. Ich für meine Firma habe auch nicht aus diesem Grunde den Aussperrungsbefehl Folge geleistet, sondern nur deshalb, um keine Gehörsamserweiterung vor verammelter Mannhaft zu begeben. Denn der Passus der Konventionalstrafe hätte keine Mitgliedsfirma des RDZ zu bestrafen. Wiegt doch die Sache so, daß bei Anruf das Kartellgericht Berlin einen derartigen Passus sofort für null und nichtig erklären wird, weil er in seiner Auswirkung geeignet wäre, eine ganze Industrie lahmzulegen gegen den Willen der jeweiligen Unternehmer selbst und damit die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen heraufbeschwoeren werden können. Das ging denn doch zu weit und, Gott sei Dank, ist das Kartellgericht in allen derartigen Fällen zur Wichtigkeitserklärung des betreffenden Passus gekommen. Wer also die Aussperrung aufheben will, der kann und soll es ohne Sorge tun; ist erst der Anfang zur Rückkehr zur Vernunft gemacht, werden innerhalb 48 Stunden die Hälfte der Betriebe die Aussperrung aufheben und die Leute gehen ruhig ihrer Tätigkeit nach. Da ich selbst zu den Gründern des RDZ gehörte, werde ich nach Beendigung des Konfliktus aus dem Verband auscheiden, aus den verschiedensten Gründen, und zwar 1. weil mein Geschäft durch die Stilllegung sehr geschädigt wurde; 2. weil mir Frieden und Freundschaft mit meinen paar hundert Arbeitern seit Jahrzehnten heilige Pflicht ist; 3. weil sich eine Aussperrung weder mit meinen liberalen noch demokratischen Lebensansichten vereinbaren läßt; 4. weil in ihrer Auswirkung brutal anmutende draconische Maßnahmen die Wirtschaft stark gefährdet, ja, geradezu eine staatsgefährliche Aktion darstellt; 5. weil ich weder mein Unternehmen noch meine Belagung vor den Karren der Berliner Machtbahnen spannen lasse. Ich habe meinen Arbeitern nach der Aussperrung auf deren Befragen erklärt: Mein Herz ist nicht bei dieser Maßnahme, das wißt ihr; nun sind wir im Kampf, haltet aus und siegelt. Werdet ihr siegen, dann ist der Sieg nicht nur euch, sondern dient der ganzen Branche, denn wir müssen dann anders funktionieren, und das ist die einzige Möglichkeit, um überhaupt einmal aus dem jahrelangen elenden Zustand, der nirgendwo schlimmer ist als in der Zigarrenbranche — Ihre Artikel hat es treffend geäußert — herauszukommen. Unterdruckt.“ — Der Inhalt dieses Schreibens spricht für sich selber, er bedarf also keines Kommentars. Leider ist, um mit Schiller zu reden, Verstand stets nur bei wenigen gewesen.

Einweihung des Reichsarbeitsgerichts. Am 19. November fand im Reichsgericht zu Leipzig eine Feier aus Anlaß der Errichtung des Reichsarbeitsgerichts statt, der sämtliche ernannten Reichsarbeitsrichter sowie eine Anzahl geladener Gäste beiwohnten. Reichsjustizminister Dr. Heigt begrüßte namens des Reichsgerichts und der Reichsjustizverwaltung den mit den Mitgliedern seines Reichsgerichts ernannten Reichsarbeitsminister Dr. Braun mit einer Rede, worauf dieser über den Zweck des Arbeitsgerichtsgesetzes sprach, das die Sicherung eines wichtigen Zweiges des neuen deutschen Rechtes, des Rechtes der Arbeit, darstelle. Es sei neben vielen anderen Fortschritten das besondere Verdienst des Arbeitsgerichtsgesetzes, daß es für alle Streitigkeiten des Arbeitslebens eine höchste Instanz des Reiches geschaffen habe, die der Wahrung der Einheit und der Fortentwicklung des Arbeitsrechtes dienen werde. Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag hätten sich bei-

nahe einmütig dafür entschieden, daß das Reichsarbeitsgericht mit dem Reichsgericht verbunden würde, weil besonders der 3. Zivilsenat der Öffentlichkeit gezeigt habe, mit welchem Verständnis sich das höchste deutsche Gericht die Auslegung und Fortbildung des Arbeitsrechtes angelegen sein ließe. Das Reichsarbeitsgesetz bringe für das Reichsarbeitsrecht noch eine besondere Neuerung; zum ersten Male würden einem höchsten deutschen Zivilgericht auch Richter angehören, die nicht dem Berufsrichtertum entstammten. Die Reichsarbeitsrichter seien Vertreter des deutschen Arbeitslebens von der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Ihr Beruf sei es nun, getreu der Reichsverfassung, entsprechend ihrem Artikel 165, auch in der Rechtsprechung an höchster Stelle, „an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“. So solle das Reichsarbeitsgericht ein Stück des Aufbaues und des Aufstieges der neuen deutschen Republik sein, es solle durch gemeinsame enge Arbeit von Berufsrichtern, Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Bindung und Wahrung des Rechtes das deutsche Arbeitsleben fördern und aufwärts führen, wie es zum Wohle des Volkes unbedingt notwendig sei. Im Anschluß daran begrüßte der Vorsitzende des Reichsarbeitsgerichts, Senatspräsident Egg, die richterlichen Mitglieder des Reichsarbeitsgerichts und umriß bei dieser Gelegenheit kurz die Problematik des Reichsarbeitsgesetzes und des Reichsarbeitsgerichts.

Erteiltes Organisationsverhältnis in der Beamenschaft. Aus den Ergebnissen der Berufszählung von 1925 kann man die Zahl der deutschen Beamten nicht erfahren, weil diese dort mit den Angestellten zusammengefaßt werden. Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927 bringt nun eine Statistik über die Mitgliederzahlen der Beamtenverbände nach dem Stande von Ende 1926. Zu diesem Zeitpunkt waren in Deutschland 1 751 126 Beamte in verschiedenen Verbänden organisiert, eine außerordentlich hohe Ziffer. Selbst wenn man die 445 789 organisierten Eisenbahner und 286 472 Postbeamten als die beiden größten organisierten Gruppen der Beamenschaft ausschaltet, bleibt noch fast eine Million organisierter Beamten. Die Verbände der im Unterrichtswesen beschäftigten Beamten haben mit 289 282 Mitgliedern fast ebenso viel Mitglieder als die Postbeamten. Ihnen folgen die Beamten in der Gemeindeverwaltung mit 206 421 Mitgliedern, dann die Polizeibeamten mit 120 322, die Finanzbeamten mit 87 384, die Justizbeamten mit 71 459 Mitgliedern. Leider hat man wenig Anhaltspunkte dafür, wie hoch sich die Zahl der keinem Beamtenverband angehörenden Beamten beläuft.

Sind die Verwaltungskosten der Ortskrankenkassen höher als die der Innungskrankenkassen? Diese Frage wurde in unserm Aufsatz „Die Verwaltungskosten der Sozialversicherung (Nr. 85 des „Korr.“) befaßt, indem die Verwaltungskosten der Knappschaftskassen, Betriebs- und Innungskrankenkassen erheblich niedriger als 6 Proz. und die Verwaltungskosten der Orts- und Landkrankenkassen erheblich höher, nämlich mit 9 bis 10 Proz. der Ausgaben angegeben wurden. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Nach der letzten amtlichen Statistik der Geschäftsergebnisse der reichsgeselligen Krankenkassen vom Jahre 1925 verhalten sich die Verwaltungskosten auf den Kopf des Versicherten und prozentual pro Kassennart:

Kassennart	Verstärkt Mittel- jahrlich 1900	prozentl. Ver- waltungskosten		sächtliche Ver- waltungskosten		Verwaltungs- kosten in Gef.	
		auf 100 M.	u. S. des Ver- sicherten	in 100 M.	u. S. des Ver- sicherten	in 100 M.	u. S. des Ver- sicherten
Ortskrankenkassen	12358	4,54	7,11	1,01	1,58	5,55	8,69
Landkrankenkassen	2053	2,81	8,49	0,77	2,31	3,58	10,80
Betriebs- krankenkassen	3407	0,20	0,23	0,51	0,57	0,71	0,80
Innungs- krankenkassen	413	4,86	6,91	1,00	2,26	4,46	9,17
Sämtliche Kassen	18261	3,54	5,44	0,91	1,39	4,15	6,83

1) ausschließlich Vermögensanlagen.

Die Tabelle zeigt, daß die Verwaltungskosten der Innungskrankenkassen weit höher als bei den Ortskrankenkassen sind. Trotzdem sind es aber bei den Angriffen gegen die Ortskrankenkasse immer wieder besonders die Handwerkerleistungen, die die Witz von den hohen Verwaltungskosten der Ortskrankenkassen verbinden. Wer selbst im Glashaufe sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Bei den Betriebskrankenkassen ist der Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, den größten Teil der Verwaltungskosten aus eignen Mitteln zu betreiben. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß in den Fällen, wo die Satzung einer Innungskrankenkasse bestimmt, daß die Hälfte der Vertreter im Vorstand und Ausschuß der Kasse von den Arbeitgebern zu wählen sind, auch die Versicherungspflichtigen nur die Hälfte der Beiträge zu zahlen haben (§§ 341 und 381 RDZ.). Uns ist jedoch wiederholt Fälle bekannt geworden, wo die Arbeitgeber zwar für sich das bei Innungskrankenkassen vorgesehene Ausnahmeregime in Anspruch nahmen, die Organe der Kasse zur Hälfte mit Vertretern der Arbeitgeber zu besetzen, dabei aber ihre Pflicht vergaßen, auch die damit verbundenen Pflichten, die Hälfte der Beiträge zu zahlen. Wie gering überhaupt der Einfluß der Versicherten, um deren Wohl und Wehe es sich doch bei den Krankenkassen handelt, in den Innungskrankenkassen ist, zeigt die Tatsache, daß den Vertretern der Versicherten keine Möglichkeit gegeben ist, die Aufstellung einer Innungskrankenkasse zu beantragen. Hierbei haben vielmehr allein die Arbeitgeber zu befinden (§ 278 RDZ.). Als der Reichsarbeitsminister in einer Rede am 11. März 1927 im Reichstag ausführte, daß die Haftversicherungsgesetzgebung insofern geändert werden müßte, als bei der Gründung von Innungskrankenkassen die Zustimmung der Gefellensauschüsse herbeigeführt werden solle, verurteilte diese Erklärung in Kreisen der Innungen großen Staub. In der „Deutschen Innungskrankenkassen“ vom 1. August 1927 schrieb Dr. Brinkmann (Schnabrud) u. a., daß die Forderung auf Ausbeugung der Gefellensauschüßredte bei der Neubildung von Innungskrankenkassen unbedingt ab-

zusehnen ist. Er schloß mit der Forderung: „Tragt alle zum Ausbau des Mitwirkungsrechtes des Gefellensauschusses bei, indem ihr nach der negativen Seite die Schaffung des Zustimmungsvorgangs bekämpft.“ Treffend schrieb die „Deutsche Krankenkassen“ hierzu: „Man braucht noch lange kein Feind und Gegner der Innungskrankenkassen zu sein, wenn man über diese Dinge berichtet. Der Gesetzgeber aber sollte sich bewußt sein, daß diese Bewegung der Innungen und ihrer Krankenkassen eines Tages zu Resultaten führen kann, die heute niemand erkennt.“ Deshalb Augen auf, Versicherte!

„Kurz-Verwaltungsgebäude“ der Ortskrankenkassen. Der Verband der Ärzte Deutschlands in Leipzig hat bei seinem Kampf um die Erhöhung der Arztgebühren zuerst behauptet, daß die Ortskrankenkassen große Summen zur Schaffung von Verwaltungsgebäuden verwenden. Diese Behauptung wurden dann unter dem Motto „Kurzgebäude“, „Prachtpaläste der Ortskrankenkassen“ auch in die Tageszeitungen lanciert. Es ist richtig, daß eine große Anzahl von Ortskrankenkassen gewungen war und ist, eigene Verwaltungsgebäude zu errichten, weil durch das allgemeine Bauverbot während des Krieges und durch die Inflation notwendige Bauvorhaben zurückgestellt werden mußten. Erst jetzt können die Ortskrankenkassen, soweit das nicht vor dem Kriege bereits geschehen ist, dazu übergehen, selbst Verwaltungsgebäude zu errichten, um den Schwierigkeiten zu begegnen, die sich hinsichtlich der Abfertigung des Publikums ergeben. Es wurde festgestellt, daß Kassen in Dandshöben, Baraden, notwendig ausgebauten Scheunen, untergebracht waren. Abfertigungsräume waren teils gar nicht vorhanden. Die Kranken standen bei jeder Witterung zur Abfertigung auf der Straße. Stundenlanges Warten des Publikums und andre Dinge drangen auf Abhilfe. Die Krankenkassenvorstände lassen sich bei der Errichtung von Verwaltungsgebäuden von praktischen Gesichtspunkten leiten, um für alle Beteiligten das zu schaffen, was notwendig ist. Jedenfalls ist es eine kluge Behauptung, den Organen der Krankenkassen zu unterstellen, daß sie „Prachtpaläste“ errichten und zum Bau von Verwaltungsgebäuden Mittel der Arbeitgeber und Mitglieder verschwenden. Die Ergebnisse einer Kundfrage bei den Ortskrankenkassen hatten erwiesen, daß nur dort gebaut wurde, wo ein anderer Weg nicht mehr möglich war, um geeignete Räume für die Abfertigung zu erhalten. Zu jedem Bauvorhaben muß die Genehmigung der Aufsichtsbehörde eingeholt werden. Die Krankenkassen können deshalb gar keine Mittel zum Bauen verwenden, die sich mit dem Gesamtheit der Kasse nicht vereinbaren lassen.

Literarisches

Der Glasbläser Betrieb. Monatschrift für Maschinenbau, Betriebswissenschaften und Berufswesen. Verlag des Völkerverbandes der Deutschen Buchdrucker. Heft 11. Das neueste Heft dieser für die fachliche Fortbildung der Buchdruckerbestimmten, sachkundlich geleiteten Fachzeitschrift enthält in diesem Heft einen Artikel, in dem unter anderem über die vom Reichsverband der deutschen Industrie ausgearbeitete „Richtlinien für die Gestaltung der Betriebsstätten“ berichtet wird. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß die Gestaltung der Betriebsstätten im Hinblick auf die Gesundheit der Arbeiter von weitestgehender Wichtigkeit ist. Er empfiehlt, die Betriebsstätten so zu gestalten, daß sie die Gesundheit der Arbeiter fördern und die Entstehung von Krankheiten verhindern. Er empfiehlt, die Betriebsstätten so zu gestalten, daß sie die Gesundheit der Arbeiter fördern und die Entstehung von Krankheiten verhindern. Er empfiehlt, die Betriebsstätten so zu gestalten, daß sie die Gesundheit der Arbeiter fördern und die Entstehung von Krankheiten verhindern.

verschiedene Eingänge

Naturfreunde-Kalender 1928. Herausgegeben vom Naturfreunde-Verein, Die Naturfreunde, Reichsleitung für Deutschland, in Berlin. Preis 1,20 M. In bester Ausstattung. Der Kalender enthält 12 Monatsblätter, die jeweils einen Monat der Naturgeschichte enthalten. Die Kalenderblätter sind in bester Ausstattung. Der Kalender enthält 12 Monatsblätter, die jeweils einen Monat der Naturgeschichte enthalten.

Briefkasten

E. S. in F. Am 12. Oktober haben Sie die erforderlichen Angaben im allgemeinen wohl gemacht, es fehlte jedoch die Unterzeichnung nach Mitteleuropas, die nun erst festgestellt worden ist. **E. S. in C.** Sie haben sich jetzt viel bewußt wieder gemacht, worden vor aber nicht eingeleitet. **E. S. in B.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einlieferungen zu Verbandsarbeiten an den Tag gelangt haben, denn hier wird alles sofort in die betreffende Abteilung eingeleitet. **U. den Korr.** acht mehrwöchentlich nichts verloren für Berlin ist schon in der als vollständige Meldung gemacht worden. Auf die nochmalige Veröffentlichung in Nr. 11 ist nun reagiert worden; jedoch verbleibt eine Frage, weil die Frage nach der Angehörigkeit zum Arbeiterverband überhört wurde. **E. S. in A.** Durch Antritt vom 10. November ist die Sache nun erledigt. **E. S. in D.** Die jeweiligen Ausgaben sind jetzt eingegangen. **E. S. in G.** Die in der ersten Nummer des Briefkastens mitgeteilte Mitteilung über die in eine unangenehme Situation bei den Einliefer

